STEIRISCHE VOLKSPARTEI

ZUKUNFT LEBEN

Impressum: Steirische Volkspartei, Karmeliterplatz 6, 8010 Graz

ZUKUNFT LEBEN

1. Visionen 7
Die Steiermark als Modell 7
Die ÖVP ist eine Volkspartei 9

2. Unsere wichtigste Aufgabe: gute Arbeit, starke Wirtschaft 12
Ausgangslage 12
Wettbewerbspolitik: Wir können uns behaupten 13
(Re-)Industrialisierung: Wir sind Teil der globalen Wirtschaft 16
Infrastrukturen: Rahmenwerk der Entwicklung 18
Tourismus: Besuchen und Begeistern 19

3. Wertewelten: Mensch, Gemeinschaft, Welt 22
In Freiheit leben 22
Verantwortlichkeit und Leistung 23
Arbeit, Marktwirtschaft, Wohlstand 25
Zusammenleben und Gemeinschaftlichkeit 26
Europa und die Welt 27
Verlässlichkeit und Effektivität 28
Soziale Gerechtigkeit und Solidarität 29
Nachhaltigkeit und Stabilität 30
Subsidiarität und Föderalismus 32
Staatlichkeit und Stärke 33
Vielfalt und Breite des Geistes 34
Kulturelle Kreativität 35

4. Unsere Lebensräume: lebenswert und liebenswert 38
Ausgangslage 38
Räumlichkeit: In Regionen leben 39
Knotenpunkte: attraktive Städte 41
Mobilität: Beweglichkeit unterstützen 42
Wohnen: Räume zum wirklichen Leben 44
Essen: Geschmackvoll, gesund, sicher 44
Die Öko-Perspektive: Umwelt und Energie 45
Freizeit: elementares Lebensbedürfnis 48

5. Gerechtigkeit: effizient, sparsam, solidarisch 50
Ausgangslage 50
Bessere Staatlichkeit: ein effizienter öffentlicher Sektor 51
Rechte wahren: neue Entwicklungen 52
Steuerverfassungsreform: föderalistische Gelder 53
6. Die Steiermark in Europa: verwurzelt, weltoffen, gemeinschaftlich . 55

Ausgangslage 55
Die krisenhaften Jahre der Europäisierung 57
Sicherheitspolitik in einer unfriedlichen Epoche 58
Leben im Zeitalter der Migration 59

7. Gelingendes Zusammenleben: verlässlich, glaubwürdig, berechenbar 61
Ausgangslage 61
Familien: Ausbau familienbezogener Institutionen 61
Ältere: nachhaltige Pensionspolitik 63
Pflege: Betreuungssystem verbessern 64
Gesundheit: Das System weiterentwickeln 65

8. Denken, Lernen, Forschen: neugierig auf das Unbekannte 68
Ausgangslage 68
Qualitätsprobleme lösen 70
Schulen: Schritte zur Reform 71
Zusatzaufgaben: die Notwendigkeit von Support 73
Akademische Institutionen: Schwerpunktverlagerung 74

9. Kreatives Leben: künstlerisch, herausfordernd, experimentell ... 77
Ausgangslage 77
Künstlerische Kreativität und künstlerische Freiheit 78
Kultur international 79
Kulturelle Teilhabe 79
Zukunftskultur und öffentlicher Raum 80
Gesellschaftliche Kulturvielfalt 81
Religiöse Welten 82
Medienöffentlichkeit 83

10. Wir sind eine offene Partei 85

Visionen

1. Visionen

Die Steiermark als Modell

Die nach den Landtagswahlen 2010 umgesetzte *Reformpartnerschaft Steiermark* brachte einen beispielhaften Paradigmenwechsel in der steirischen Politik. Kam es in den Jahren davor nicht selten zu Blockaden und Konflikten (und in der Folge zu einem Vertrauens- und Ansehensverlust für die Politik), entschieden sich die Reformpartner für einen neuen Weg: in Inhalt und Stil.

Inhaltlich wurden nach dem Motto Richard von Weizsäckers: „das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig machen" *Reformschritte* in unterschiedlichen Bereichen begonnen. Dabei wurde nicht nur bei der Budget- und Schuldenpolitik eine Trendumkehr erreicht, sondern es wurden nachhaltige Strukturreformen eingeleitet: von der Landesverfassungsreform mit der Abschaffung des Regierungsproporzes, der „steirischen Verwaltungsreform" (Organisationsreform im Amt, Bezirksreform) und der Gemeindestrukturreform über die Restrukturierungen im Gesundheits-, Pflege- und Schulbereich bis hin zur Abflachung des Anstieges der Sozialausgaben. Diese Strukturreformen werden die Chancen der nachfolgenden Generationen verbessern.

Es wurde auch bei der Politik selbst nicht halt gemacht: Mit der Verkleinerung der Landesregierung und des Landtag Steiermark sowie der Grazer Stadtorgane wurde signalisiert, dass alle gemeinsam die notwendigen Reformen mittragen müssen. Als erstes Unternehmen im landesnahen Bereich hat die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SFG) als Best Practice Modell eine Strukturreform umgesetzt und ihre vier Teilgesellschaften zur neuen SFG fusioniert. Damit werden jährlich mehr als zwei Millionen Euro eingespart, die zur Unterstützung von Innovations- und

Wachstumsprojekten steirischer Unternehmen und damit für Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Neben diesem inhaltlich neuen Weg wurde auch der *Stil der Politik* grundlegend verändert. Eine Politik des Miteinander der Reformpartner wird in der Öffentlichkeit gelebt. Nicht Streit, Blockaden und Missgunst werden kommuniziert, sondern die gemeinsamen Ziele und Programme für das Land stehen im Mittelpunkt.

Auch wenn Umfragen belegen, dass eine deutliche Mehrheit der Steirerinnen und Steirer die Politik der Reformpartnerschaft unterstützt, ist es verständlich, dass die Veränderungen als schmerzhaft empfunden werden. Die Lage war und ist ernst, daher mussten tatsächlich tiefgreifende Maßnahmen gesetzt werden, um die Möglichkeiten und die Zukunft der nachfolgenden Generationen ausreichend zu schützen und zu gewährleisten.

Bei den ersten Schritten darf es nicht bleiben. Die zukunftsorientierte Politik muss fortgesetzt werden. Dabei gilt es ganz besonders, mit den Bürgerinnen und Bürgern die neuen Strukturen und den zu gewinnenden Bewegungsspielraum zu nutzen. Aus der „Reformpartnerschaft" muss in diesem Sinne eine *Zukunftspartnerschaft Steiermark* werden. Gemeinsam soll die Zukunft verantwortungsbewusst gedacht, geplant und gestaltet werden. Die Reformpartnerschaft bietet als Zukunftspartnerschaft die Vision einer Steiermark an, die eine dynamische und lebenswerte Region im Herzen Mitteleuropas ist.

Die steirische Politik der Reform- und Zukunftspartnerschaft soll auch als Beispiel des *Wettbewerbsförderalismus* Standards setzen und Impulse für den Bundesstaat Österreich und andere Regionen Europas liefern. In dieser Absicht planen und diskutieren wir Poli-

tikbereiche, die in den nächsten Jahren Initiativen verlangen werden. Gerade in Bezug auf die angestrebte kooperative Politik muss man illustrieren, wie wir die Welt sehen, welches unsere Orientierungspunkte sind, was getan werden soll.

Die ÖVP ist eine Volkspartei

Es gibt Parteien, die sich, manchmal einigermaßen kompetent, um *vereinzelte Themen* kümmern, doch aus einer Gemengelage von vereinzelten Ansprüchen, Forderungen und Vorschlägen kann keine funktionsfähige Gesellschaft entstehen. Für das Funktionieren einer Gesellschaft sorgen Volksparteien, welche die ganze Breite der anstehenden Aufgaben abdecken müssen. Die Volkspartei versteht sich als eine Partei der modernen, pluralistischen Demokratie, nicht als eine traditionelle Partei von Interessengruppen.

Die Volkspartei fühlt sich dem ständigen Bemühen um einen Interessenausgleich zwischen unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft verpflichtet, ohne diesen Ausgleich kann es keinen sozialen Frieden geben – es gibt schließlich ganz unterschiedliche Strömungen, Milieus, Interessengruppen, Szenen, Schichten, Geschlechter, Lebensstile und Religionen. Aus ihren Bedürfnissen und Vorstellungen gilt es, eine Einheit zu bilden, aber keine Einheitlichkeit herzustellen. Volksparteien sind der *Liberalität* und *Diversität* verbunden, zugleich haben sie eine Vision von *Gemeinsamkeit*. Es bedarf der ständigen Bemühung, diese Aspekte miteinander ins Gleichgewicht zu bringen.

In der Lebensrealität bedeutet dies ein *permanentes Bemühen um Ausgleich und Kompromiss*, ein dauerndes Ringen um die Berechtigung von Ansprüchen, ein ständiges Ausprobieren von neuen Wegen. Denn auch die Welt ändert sich. Worin wir uns jedoch sicher sind: Der richtige Ort ist die *politische* und gesell-

schaftliche *Mitte*. Wir lehnen Extremismen, Dogmatismen und Totalitarismen ab, denn „Mitte“ bedeutet Vernünftigkeit, Abgewogenheit, Mäßigung: das *richtige Maß*, nicht das Mittelmaß. Eine starke politische und gesellschaftliche Mitte ist die beste Ausgangsbasis für eine gedeihliche Entwicklung unseres Landes. Das hat der bisherige Weg bewiesen, und von dieser Position der Mitte aus schauen wir zuversichtlich in die Zukunft.

Wie es in einer solchen Situation nicht anders sein kann: *Es gibt immer Spielraum nach oben*. Wir beanspruchen nicht Allwissenheit oder Fehlerlosigkeit. Wir beanspruchen nicht, den Menschen sagen zu können, wie sie leben sollen oder müssen. Das wäre gerade das falsche Selbstverständnis, nicht das Selbstverständnis einer Volkspartei. Wir leben in einer unübersichtlichen Gesellschaft, und wir müssen uns vorwärts tasten, ausprobieren, experimentieren. Aber wir haben den Mut dazu, in die Zukunft zu gehen – statt uns einzuigeln oder abzumauern. Wir wissen um Krisen und Gefahren, aber wir befinden uns nicht in der Schreckstarre. Wir gehen hinein in diese neue Gesellschaft. Wir haben ein Angebot. Wir wissen, was wir wollen.

Unsere wichtigste Aufgabe: gute Arbeit, starke Wirtschaft

2. Unsere wichtigste Aufgabe: gute Arbeit, starke Wirtschaft

Ausgangslage

Innovative und wettbewerbsfähige Unternehmen sowie qualifizierte und leistungsstarke Arbeitskräfte sichern den Wohlstand in der Steiermark. Österreich ist ein reiches Land, das wird bei internationalen Vergleichen immer wieder festgestellt. Seit dem Desaster nach dem Weltkrieg, über die Jahre des Wirtschaftswunders hinweg, nach der Wahrnehmung der Wachstumsgrenzen in den siebziger Jahren, im Zuge einer globalen Verbreitung der Marktwirtschaft am Ende des vorigen Jahrhunderts – in dieser Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts sind der Lebensstandard und der Wohlstand in diesem Lande gewachsen.

Allerdings hat die jüngste Wirtschaftskrise manche Illusionen zerstört, die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Gefährdungen sind deutlicher geworden. Aus den Krisen bestimmter Branchen sind Staatskrisen geworden, weil viele Staaten ihre finanziellen Handlungsspielräume überzogen haben. Angesichts wechselseitiger Abhängigkeiten ist daraus auch eine Europakrise geworden. Die Aufarbeitung dieser Krise wird uns die nächsten zwei Jahrzehnte beschäftigen. Insbesondere dürfen Staaten ihre Krisenstabilität nicht dadurch verspielen, dass sie sich permanent an der Belastungsgrenze der Verschuldung bewegen. In den nächsten Jahren werden bestimmte Herausforderungen (Veralterung, Wissenschaft, Energie, Infrastruktur) zusätzliche Gelder erfordern, gleichzeitig aber darf die Verschuldung nicht zunehmen. Das setzt die Budgets der Nationalstaaten, aber auch jene der österreichischen Bundesländer unter enormen Druck. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes können zahlreiche Staatsleistungen genießen, sie bezah-

len dafür einen hohen Anteil ihres Einkommens. Der Staatsanteil von rund einer Hälfte des Sozialprodukts soll nicht weiter steigen.

In einer globalisierten Welt haben wir es nicht mit einer Landschaft von Staaten zu tun, die wie Container abgeschlossen nebeneinander stehen, sondern mit weltweiten Strömen – von Gütern, Dienstleistungen, Menschen, Ideen, Moden, Informationen, Bildern, religiösen Ideen. Es kommt auch Unerfreuliches über Grenzen: organisierte und nicht organisierte Kriminalität, politische Erpressung, Fundamentalismus, Gewalt. Aber die Idee einer Abschottung, Grenzziehung und Verinselung – das ist eine Idee der Vergangenheit, eine solche Welt lässt sich nirgendwo wieder herstellen.

Die neue internationale Arbeitsteilung hat zunächst die *arbeitsintensiven* Industrien abwandern lassen, am Beginn nur in die Entwicklungsländer, neuerdings jedoch auch nach China und in die USA, aufgrund niedrigerer Lohn- und Energiekosten und der Nähe zu den Absatzmärkten. Viele Industrien und Zulieferindustrien (zum Beispiel die in der Steiermark besonders wichtigen Betriebe aus der Autobranche) folgen ihren Märkten bzw. Abnehmern (insbesondere in den Fernen Osten). Dieser internationale Wettbewerb setzt die Steiermark in den nächsten Jahrzehnten zusehends unter Druck.

Wettbewerbspolitik: Wir können uns behaupten

Teilhabe funktioniert durch gute Jobs. Gute Jobs gibt es in erfolgreichen Betrieben. Erfolgreiche Betriebe müssen den globalen Wettbewerb bestehen. Jobs kommen nicht vom Staat. Der Staat schafft keine Arbeitsplätze im Wirtschaftsleben. Gute Ideen, effiziente Umsetzung und nachhaltige Investitionen sind wichtige Bausteine einer erfolgreichen Wirtschaft. Wer nicht sät, der erntet nicht. Wer über seine Verhältnisse lebt, wird morgen arm sein. Die

westeuropäischen Länder waren in den letzten Jahrzehnten mit ihrer ausgewogenen sozialen Marktwirtschaft erfolgreich.

Standortpolitik Investitionen und Unternehmen kommen nicht von alleine. Ein Land muss ein angemessenes Umfeld bieten. Die Steiermark muss die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts weiter erhöhen, strategisch ausbauen und in allen Entscheidungen und Strukturen berücksichtigen. Wir müssen allen, die etwas schaffen und ihr Geld hierzulande investieren wollen, zeigen, dass sie willkommen sind. Standortfaktoren sind Erreichbarkeit und regionale Infrastruktur, die Verfügbarkeit von Fachkräften, die Forschungsintensität, der Zugang zu Rohstoffen und Energie, administrative Effizienz sowie ein hohes Maß an Lebensqualität (Bildung, Freizeit, Tourismus) . Das sind Anliegen, die ohnehin über den wirtschaftlichen Bereich hinausreichen.

Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und prägen die steirische Gesellschaft. Sie schaffen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir wollen sie stärken und fördern. Wir müssen auf die guten Chancen hinweisen, welche die Jugendlichen in diesem Bereich vorfinden.

Verfahrenseffizienz: Wir wollen alle rechtlich- administrativen Verfahren, die in unserer Hand liegen, schnell und rechtssicher ausgestalten. Es ist ein wichtiger Anspruch, in Geschwindigkeit und Qualität zu den besten zu gehören. Keiner will gegen das Gesetz agieren, vielfach handelt es sich um Unübersichtlichkeit. Die Verwaltung muss sich als Partner für Investoren, Gründer und Ideenträger verstehen, um rasch und sicher gesetzliche Vorgaben zu erreichen.

Qualifizierung: Das Vorhaben, auf allen Ebenen die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu steigern, ist richtig und wichtig, aber dieser Prozess wird an Grenzen der Qualifizierbarkeit stoßen. Man wird nicht alle Arbeitnehmer zu Hightechspezialisten machen können. Es wird also im oberen Qualifikationsbereich zu Knappheit kommen, während gleichzeitig im unteren Qualifikationsbereich ein Überschuss an Arbeitskräften (und deshalb Arbeitslosigkeit) herrschen kann. Qualifizierten Zuwanderern wiederum werden ihre Bildungsabschlüsse oft nicht anerkannt. Wir benötigen deshalb Qualifizierungsanstrengungen auf allen Ebenen. Insbesondere muss das duale System der österreichischen Berufsausbildung gestärkt werden.

Das Land setzt sich zum Ziel, sein Engagement bei betriebsnaher Qualifizierung auszubauen. Menschen mit unzureichender Qualifikation müssen dort geschult werden, wo Betriebe sie brauchen. Die Rückintegration in den Arbeitsprozess muss ausgeschöpft sein, bevor man eine soziale Dauerversorgung startet. Das Arbeitsmarktservice muss dazu angehalten werden, eine sinnvolle Weiterbildung der Arbeitskräfte vorzunehmen, statt bloß Arbeitslosigkeit durch einen ausgedehnten Kursbetrieb (mit häufig nicht treffsicheren Themen) zu verschleiern; erste Schritte sind gesetzt worden. Wir brauchen bessere Schulen und mehr Fachhochschul-Studienplätze.

Europäisierung und Internationalisierung: Die Steiermark versteht sich als Kernland der europäischen Integration. Das drückt sich nicht nur in offenen und grenzüberschreitenden Kooperationen aus. Die Steiermark wird sich auch um eine forcierte Teilnahme der Unternehmen an großen EU-Programmen bemühen. Die Steiermark hat eine Reihe von exzellenten international tätigen Unternehmen und viele Betriebe, die das Potential zur verstärkten

Exportbearbeitung mitbringen. Jeder zweite Euro wird in der Steiermark durch den Export erwirtschaftet. Durch die Unterstützung von Unternehmen, die in den weiter entfernten Wachstumsmärkten auftreten wollen, und durch verstärkte Nutzung unserer bestehenden internationalen Netzwerke muss es gelingen, den wachsenden Klein- und Mittelbetrieben die Bearbeitung neuer Märkte zu ermöglichen und auf diese Weise Arbeitsplätze und Wertschöpfung und damit Wohlstand für die Steiermark zu schaffen.

(Re-)Industrialisierung: Wir sind Teil der globalen Wirtschaft

Industrie 4.0: Smart Production & Services. Die Steiermark wird das europäische Thema „ReIndustrialisierung" aufnehmen. Zum Glück müssen wir die Industrie nicht zurückholen: Wir haben sie noch. Aber wir müssen uns um ihren Erhalt kümmern. Dazu ist es auch notwendig, in der Steiermark das Thema „Smart Production & Services" zu forcieren und die Entwicklung einer neuen, vernetzten, globalen Produktionswelt zu unterstützen.- Die Kosten sind derzeit eine der größten Herausforderungen für westeuropäische Standorte. Man wird Kostenstabilität anstreben müssen, um die Belastungen nicht noch größer werden zu lassen.
Innovationskraft Um leistungsfähig und erfindungsreich zu bleiben, ist es notwendig, Forschung, Entwicklung und Innovation weiterhin und nachhaltig auf dem höchsten Niveau zu halten. Die Steiermark darf ihren Anspruch nicht aufgeben, das Forschungs- und Innovationsland Österreichs zu sein. Wir möchten als erster die 5 Prozent-Marke beider Forschungsrate erreichen. Dazu sind beispielsweise folgende Instrumente dienlich: Kompetenzzentren: Mit den Kompetenzzentren und K-Projekten des COMET- Programms, von denen die Steiermark an 2 3 von 47 beteiligt ist und 2 0 davon auch ihren Hauptsitz in der Steiermark haben, zählt die Steiermark zu den führenden Forschungsstandorten Europas. Die dabeierziel-

te überaus erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft soll mit der Unterstützung weiterer Bewerbungen für das COMET-Programm fortgesetzt werden.

KIC RawMatTERS: Durch die Förderung einer „Wissens- und Innovationsgemeinschaft" (Knowledge and Innovation Community - KIC) „ im Rahmen der Europäischen Innovationsagentur EIT, das im Bereich Rohstoffe unter federführender Beteiligung der Montanuniversität Leoben und weiterer Beteiligung der Technischen Universität Graz und der Kari-Franzens Universität Graz in einer industriegetriebenen Partnerschaft forscht, soll es gelingen, neuartige Innovationsmodelle zu generieren und marktfähige Produkte und Dienstleistungen umzusetzen.

ESA Incubator: Mit der Ansiedlung eines Labors der European Space Agency (ESA) , das als Business Inkubator dienen soll, kann ein weiterführendes Instrument des Sichtbarmachens der Steiermark als Forschungsstandort für Weltraumtechnologien etabliert werden. Zugleich können die zahlreichen führenden innovativen Raumfahrt-Technologieunternehmen am Standort Steiermark beiweiteren Hightech- Unternehmen weltweit ein Interesse zur Ansiedelung am Weltraumforschungsstandort Steiermark wecken und damit Wertschöpfung generieren.

Neben dem Hightech-Sektor und wissensbasierten Dienstleistungen muss es auch eine lebendige Gründer- und Wachstumsszene geben. Mit dem Netzwerk der 3 0 Impulszentren in der Steiermark, die als Technologie-, Gründer- und Wirtschaftsparks insbesondere technologieorientierte Gründer- und Wachstumsbetriebe in den Regionen unterstützen, soll auch in Zukunft ein innovatives wirtschaftliches Umfeld geschaffen werden. Junge Unternehmen setzen neue Ideen und Geschäftsmodelle um, stärken den wirt-

schaftlichen Wandel und schaffen Arbeitsplätze. Durch die Unterstützung eines lebendigen wirtschaftlichen Milieus und die Bildung von Netzwerken muss es gelingen, diese Unternehmen in Wachstumsphasen hineinzuführen.

Infrastrukturen: Rahmenwerk der Entwicklung

Internationalisierung und Globalisierung sind heute Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs. Steirische Güter im Wert von fast 20 Milliarden € werden exportiert, 98 % davon stammen aus dem produzierenden Sektor, fast jeder zweite Arbeitsplatz hängt am Export. Die Attraktivität eines solchen Standortes hängt erstens an den materiellen Faktoren (wie etwa den Kosten), zweitens an den politisch-administrativen Rahmenbedingungen (Entbürokratisierung), drittens aber an einer generellen geistig-kulturellen Attraktivität. Die Steiermark muss sich deshalb verstärkt als weltoffenes und modernes Land etablieren, dessen Bevölkerung über den Tellerrand blickt.

Flugverbindungen: Der Flughafen Graz wird sich zum regionalen grenzüberschreitenden Knotenpunkt entwickeln und bis nach Marburg, Klagenfurt und ins Südburgenland eine wachsende Bedeutung erhalten, somit als überregionale Verkehrsdrehscheibe fungieren. Mit Swiss, Lufthansa, Austrian Airlines, NIKI, Adria, Intersky, Air Berlin und neuerdings auch Turkish Airlines ist Graz direkt mit den wichtigsten Flughäfen in Europa und damit mit der ganzen Welt verbunden. Davon profitieren sowohl die exportorientierten steirischen Unternehmen als auch der Tourismus und in weiterer Folge alle Steirerinnen und Steirer.

Datenhighway: Wir leben- immer mehr - in der elektronisch vernetzten Gesellschaft. Ohne leistungsfähiges Netz geht nichts mehr. Ziel ist es, bis 2018 für alle steirischen Unternehmen und Haus-

halte die technischen Voraussetzungen für Internetanschlüsse mit Übertragungsraten bis 30 Megabit pro Sekunde und bis 2022 100 Megabit zu schaffen. Um diese Ziele erreichen zu können, muss die Steiermark einen fairen Anteil aus der „Breitbandmilliarde" des Bundes erhalten (bis 2020 stellt das BMVIT eine Milliarde Euro für den Breitbandausbau in Österreich zur Verfügung) . Durch die Umsetzung der „Digitale Agenda" können Zukunftsjobs in den Regionen geschaffen werden.

Tourismus: Besuchen und Begeistern

Die Steiermark ist schön – das wollen wir aller Welt sagen: im Winter beim Skifahren, im Sommer beim Wandern, in den Thermen, auf den Bergen, im Weinland. Wir wollen anderen die Chance eröffnen, dies zu erkennen – und unsere Tourismusbetriebe ausbauen.

Die Schweiz und Deutschland sind wichtige Märkte. Wanderrouten und Radrouten werden wir ausbauen. Die *Qualität der Tourismusbetriebe* soll weiter verbessert, *Barrierefreiheit* durchgehend eingeführt oder verbessert werden, der Anschluss des ländlichen Raums an die *digitale Welt* soll durch entsprechende Initiativen erleichtert werden.

Hot Spots für den Kulturtourismus: Wir rechnen damit, dass der Kulturtourismus noch wichtiger wird. In der Verknüpfung von Kultur und Tourismus können wir über die Grenzen der Steiermark hinauswirken. Neben dem Bettenverkauf muss es dem Tourismus ein Anliegen werden, im A-Zielgruppen-Segment Werbung für den Kulturstandort zu machen. In der erneut einberufenen Intendantenrunde für die kulturellen Einrichtungen sollen sowohl *Graz Tourismus* wie auch *Steiermark Tourismus* eingeladen werden, konkret Vorschläge zum Kulturstandortmarketing mit den Touristikern zu erarbeiten und Hotspots der Kultur zu definieren. Vorgabe für alle

Beteiligten sollten nicht nur das Bekenntnis zu Qualität, sondern auch thematische Leitlinien sein, in denen sich die Institutionen wiederfinden und die sie nach eigener Interpretation bearbeiten.

Große, sich jährende Ereignisse, die weltweit Beachtung finden, sollten in diesem Zusammenhang nicht von der Steiermark unbearbeitet vorbeiziehen (in den letzten Jahren beispielsweise: das Darwin-Gedenkjahr, 1815 der Wiener Kongress...). Solche Themen können interessant und gut kommuniziert die Steiermark in einen Kontext zum Weltgeschehen stellen und damit auch für Kulturtouristen deutlich attraktiver machen.

Wertewelten: Mensch, Gemeinschaft, Welt

3. Wertewelten: Mensch, Gemeinschaft, Welt

Das Lebensziel ist leicht zu definieren: ein „gutes Leben". Das Ziel des politischen Handelns ist es deshalb: ein „gutes Leben" zu ermöglichen. Politische Unterschiede von Gruppierungen, Bewegungen und Parteien drücken sich darin aus, was für sie jeweils ein „gutes Leben" ausmacht, wie man erforderliche Rahmenbedingungen für das Gelingen schafft und was dabei die Aufgaben und Instrumente der Politik sind. Wesentliche Werte einer westlich-demokratischen Volkspartei seien in der Folge genannt.

In Freiheit leben

Das Verständnis der *persönlichen Freiheit* gehört zu den großen Errungenschaften der europäischen Geschichte. Wir wollen persönliche Lebensentwürfe wahren und ermöglichen. Diese beruhen auf Gewissen und Vernunft. Wesentliche Freiheiten sind in den Menschenrechten und Bürgerrechten festgelegt. Darüber hinaus bedarf es einer moralischen Grundhaltung in der Gesellschaft wie im individuellen Lebensbereich. Freiheiten müssen miteinander verträglich sein. Wer Freiheit bekämpft, den sehen wir nicht als Partner. Die Achtung jedes Menschen ist Kern unserer Leitkultur.

Wir wollen möglichst vielen Menschen Wahlfreiheit für möglichst viele relevante Entscheidungen verschaffen und sind deshalb gegen eine Abschiebung aller Probleme an den Staat und seine Organisationen oder an andere Kollektive. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Wahlfreiheit aus einer christlich-sozialen oder humanistischen Perspektive sinnvoll genutzt werden kann. Diese Gesellschaft ist ein gemeinsames „Projekt", und jeder kann seinen Beitrag einbringen.

Gegenmodelle zu dieser Grundorientierung sind alle Formen von Extremismus, Dogmatismus und Totalitarismus: staatliche Institutionen, die glauben, im Dienste einer „besseren Welt" zunächst einmal zahlreiche Menschen „opfern" zu müssen; religiöse Bewegungen, die im Dienste einer „reinen Lehre" die Ungläubigen vernichten wollen; ideologische Strömungen, die behaupten, allein zu wissen, was das „Heil" der Menschen sein kann; Planungsmodelle, die an ihrer Überheblichkeit scheitern.

Wir wenden diese Grundorientierung auch auf uns selbst an. Wir glauben, über ein brauchbares, wertvolles, zukunftsfähiges „Wertepaket" zu verfügen; aber wir wollen es niemandem aufzwingen, wir wollen dafür werben. Wir wollen Orientierungen bieten, aber diese nicht als letzte Wahrheiten verkaufen. Am Ende muss jeder selbst wissen, was er tun will. Wir glauben jedoch, dass wir ein überzeugendes Weltbild vorweisen können.

Verantwortlichkeit und Leistung

Menschen tragen Verantwortung für das eigene Leben und für andere. Ein solches Vertrauen muss man in sie setzen, auch wenn jedes Vertrauen eine riskante Vorleistung darstellt. Jeder muss seinen Beitrag für eine Gesellschaft leisten, in der alle gemeinsam leben wollen, gerade wenn es sich um eine freie, offene Gesellschaft handelt. Eine derartige Gemeinschaft verdient deshalb auch unseren Respekt, und sie darf ihn mit Recht von jedem fordern. Wer die Grundlagen dieser Gesellschaft nicht respektiert, der wird auf ihre Leistungen verzichten müssen.

Wir wollen *Eigeninitiative* fördern. Leistung verdient unsere Wertschätzung: Jeder hat seinen Beitrag nach seinen Kräften zu erbringen. Unsere Vision ist eine Gemeinschaft von mündigen Bürgerinnen und Bürgern: d.h. unabhängigen Individuen, die im Geist

einer gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortung eine zukunftsfähige Gesellschaft bauen. Unabhängigkeit, Eigenverantwortung, Engagement für die Gemeinschaft, Bildungswertschätzung, positive Gestaltung der Zukunft und Solidarität mit Schwächeren sind Eckpfeiler. Wir sind deshalb gegen paternalistische Konzepte, gegen Bevormundung, gegen eine Rundumversorgungsmentalität.

Wer sich für Leistung ausspricht, der wendet sich *gegen Privilegien, Korruption, Protektion, Polarisierung und arbeitsloses Einkommen.* Wem Leistung verdächtig ist, der denkt an unsaubere „Einkommensmechanismen". Wer sich für Leistung ausspricht, der muss allerdings auch an die Absicherung durch Solidarität denken. Denn wer Hilfe benötigt, muss auf sie zählen können. Die Gewährleistung einer europäischen Sozialstaatlichkeit ist Grundlage für ein menschenwürdiges Leben.

Wir wollen keinen allmächtigen Staat, seine Bürokratie und seine überschießende Steuerquote. Wir wollen Bevormundung hintanhalten: Politik und Verwaltung müssen sich nicht um jede Kleinigkeit kümmern, die im Leben der Menschen vorkommt, und diese zu regeln trachten. Andererseits müssen wir jenen helfen, die sich – trotz Bemühens – selbst nicht mehr zu helfen wissen. Das funktioniert nicht über die Besteuerung einiger reicher Menschen, über die Vision einer Gratisgesellschaft, bei der man die Hände in den Schoß legen kann. Es funktioniert über Teilhabe – über die Verpflichtungsfähigkeit jedes einzelnen, je nach seinen Kräften. Es funktioniert durch Investitionen und Unternehmen, durch gut bezahlte Jobs und engagierte Mitarbeiter, durch soziale Stabilität und ausreichende soziale Sicherung.

Die Menschen müssen eine faire Chance bekommen, sich ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Selbstbestimmung hat Voraus-

setzungen: Dazu gehören Bildung und wirtschaftliche Stabilität. Für den Bildungsbereich müssen wir als entscheidendes Kriterium die Frage stellen: Was ist gut für unsere Kinder und Kindeskinder in der herausfordernden Welt von heute und morgen? Für die stabile wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir UnternehmerInnen, die Arbeitsplätze schaffen, und ArbeitnehmerInnen, die mit Engagement bei ihrer Sache sind. Die selbstbestimmte Leistung benötigt zudem Angstfreiheit bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter. Ein solidarisches System der Obsorge für Risikolagen, die im Laufe des Lebens auftreten, gehört zum europäischen Selbstverständnis.

Arbeit, Marktwirtschaft, Wohlstand

Eine liberale marktwirtschaftliche Gesellschaft, die das Privateigentum schützt, hat sich als *wohlstandsschaffende* soziale Ordnung erwiesen. Sie schafft Freiheiten, Wahlmöglichkeiten, individuelle Entscheidungsräume. Wir halten an der Vision guter Arbeitsplätze und solider Unternehmen fest. Wir brauchen deshalb qualifizierte ArbeitnehmerInnen und kreative UnternehmerInnen.

Die Beschäftigung mit Wirtschaft und Arbeit ist ein zentrales Element der Politik. Freie Märkte leisten, was freie Märkte leisten können; nicht mehr und nicht weniger – unter jeweiligen Rahmenbedingungen. Aber der Bereich Wirtschaft und Arbeit liefert jedenfalls erst die Grundlage, auf der andere Säulen der Gesellschaft wie Familie, soziale Sicherheit, Kultur und Freizeitgestaltung aufbauen können. Diese Säulen brauchen eine wettbewerbsfähige wirtschaftliche Basis mit hoher Beschäftigung. Die geeigneten Rahmenbedingungen müssen aber von der Politik geschaffen werden.

Der Mensch lebt nicht nur vom Geld, und manche kritische Argumente, die im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise hinsichtlich des globalen Finanzkapitalismus, der Konsum- und Wegwerfkultur oder

der globalen Polarisierung von Einkommens- und Vermögensverhältnissen aufgekommen sind, teilen wir. Die Marktwirtschaft ist ein erstklassiger Mechanismus, Wohlstand zu erzeugen. Deshalb hat sie sich über die ganze Welt verbreitet, und es gibt keine wirklichen Alternativkonzepte mehr – von Nordkorea und Kuba abgesehen. Aber die Marktwirtschaft braucht einen rechtlichen und gestalterischen Rahmen, damit sie nicht durch ihr eigenes erfolgreiches Wirken die Grundlagen ihrer Existenz untergräbt. Märkte sind oft nicht selbsterhaltend. Und sie ist ständig in Entwicklung – deshalb darf es auch in der Politik keinen Stillstand geben.

Wir wollen ein qualitatives, nachhaltiges Wachstum. Wir haben gelernt, dass es ein grenzenloses Wachstum im bisherigen Stil auf einer begrenzten Erde nicht geben kann. Das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit ist billig, aber folgenlos, wenn es nicht durch zahlreiche Detailmaßnahmen umgesetzt wird. Daran muss man letzten Endes Bekenntnisse messen – auch unser Bekenntnis zur *ökosozialen Marktwirtschaft*.

Zusammenleben und Gemeinschaftlichkeit

Wir wollen in einer Gemeinschaft leben, in der man sich geborgen fühlen kann. Wir bekennen uns zur Unverzichtbarkeit einer Perspektive von Gemeinsamkeit und Gemeinwohl. Der Mensch lebt nicht für sich allein. Er braucht die anderen. Deshalb muss das Zusammenleben geordnet und gestaltet werden, und dabei werden unweigerlich immer wieder Gerechtigkeitsfragen aufgeworfen.

Für Kinder und Jugendliche (und wohl auch für die meisten Erwachsenen) ist eine funktionierende Familie das optimale Lebensumfeld, und ihre erfolgreiche Sozialisation ist Voraussetzung für eine wohlgeordnete Gesellschaft. Tatsache ist aber, dass stabile Familien immer weniger vorhanden sind und dass sich Familien-

formen diversifizieren. Das nehmen wir zur Kenntnis, und deshalb streben wir eine *diskriminierungsfreie Lebensformenpolitik* an.

Wir haben Respekt vor der Zivilgesellschaft: Gemeinschaften leben nicht zuletzt vom freiwilligen Engagement der Menschen. Deshalb schätzen wir Vereine, freiwilliges Engagement, Non-Profit Organisationen. Sie tragen dazu bei, eine Gesellschaft egoistischer Individuen zu verhindern. Ehrenamtlichkeit ist keine Selbstverständlichkeit, und sie verdient unsere besondere Wertschätzung. Sie erbringt nicht nur die jeweils konkrete Leistung, sie vermittelt darüber hinaus auch die moralische Botschaft, dass es gut und anständig ist, sich für Gemeinschaftsbelange zu engagieren. Jede derartige Aktivität ist auch ein kleiner Beitrag für die Verfestigung des Wertgerüstes einer Gesellschaft.

Europa und die Welt

Wir waren immer die Europapartei. Denn wir wissen, dass die Welt geschlossener Nationalstaaten seit geraumer Zeit verschwunden ist. Wie immer man dazu stehen mag: ein nationalstaatlicher Container neben dem anderen – das funktioniert einfach nicht mehr. Die Europäische Union ist ein großer Wurf – mit einigen Schönheitsfehlern. Wir müssen sie deshalb weiterentwickeln. Europa muss sich mit jenen Problemen, Aufgaben, Herausforderungen und Krisen beschäftigen, für die die Nationalstaaten zu klein geworden sind. Europa muss geeint sein, demokratisch, sicher, wettbewerbsfähig: ein ernst zu nehmendes Europa.

Unser internationales Umfeld endet nicht an den Grenzen Europas. Wir haben regionale Loyalitäten, sind aber – mehr oder weniger – auch Weltbürger. Wir haben Interesse an dem, was in der Welt geschieht; denn in einer klein gewordenen Welt betreffen uns die meisten Probleme in direkter oder vermittelter Weise auch in unse-

rer Heimat. Von den Auswirkungen der Krisen in der Welt sind wir letztlich auch in unserem persönlichen Lebensumfeld betroffen.

Kulturelle Elemente fließen über alle Grenzen. Ungewohntes stößt aufeinander, das bedarf mancher Anstrengung. Wir treten für Toleranz ein: Toleranz gegenüber Lebensweisen und Lebenszielen, Symbolen und Weltbildern. Es handelt sich nicht um Beliebigkeit, um ein Alles-Akzeptieren: Es ist begrenzte Toleranz. Sie meint nicht, dass alles hingenommen oder bejubelt werden muss. Es ist keine Toleranz gegen Menschenrechtsverstöße. Aber wir sollten anderen „Ungewöhnlichkeiten", die Sprache oder Kleidung, Sitten und Gebräuche, Verhaltensweisen und Lebensstile betreffen, mit Gelassenheit begegnen – das eine oder andere Ungewohnte vielleicht sogar mit Interesse studieren oder zur eigenen fruchtbaren Irritation nutzen.

Verlässlichkeit und Effektivität

Wirtschaftlichkeit, Effizienz, Effektivität – Ziele (welcher Art auch immer) sind mit den geringsten Kosten umzusetzen. Steuergelder sollen nicht vergeudet oder verschleudert werden. Unternehmen müssen jedenfalls effizient sein, aber auch Schulen und Ämter, die Straßenerhaltung und die Bezirkshauptmannschaft, die Gemeindeverwaltung und die Universität, die Impfstelle und die Passstelle.

Voraussicht ist wichtig, nicht nur Routineerledigung. *Prävention* ist (in vielen Dimensionen) besser, billiger und menschlicher als Reparatur. Wir verstehen Politik nicht als Herrschaftssicherung, die durch bloßes Geldverteilen an Gruppen oder Institutionen funktioniert. Politik hat die Kernaufgabe, den Menschen ein einigermaßen *berechenbares Umfeld mit Zukunftsperspektive* zu schaffen. Wohl brauchen wir Innovation und Dynamik, aber das ist nicht gleichzusetzen mit einer Situation, in der man tagtäglich mit Krisen oder

Katastrophen rechnen muss. *Stabilität und Verlässlichkeit* sind uns ebenso ein Anliegen wie die Zukunftsoffenheit unserer Gesellschaft.

Soziale Gerechtigkeit und Solidarität

Grundlage der Gerechtigkeit ist der Respekt vor dem Menschen: Ihm kommen Menschenwürde und Freiheiten zu. Die Menschen sind gleich vor dem Gesetz, sie haben gleichen Zugang zum Recht, sie werden als Personen geachtet, sie können auf andere zählen. Sie sind nicht Mittel zum Zweck. Sie sind nicht belanglose Individuen, die für größere Ziele zu opfern sind. Eine Gesellschaft ohne das Element einer wohlverstandenen *sozialen Gerechtigkeit* ist keine zivilisierte Gesellschaft.

Chancengerechtigkeit betrifft alle Lebenslagen, alle Berufe, Ethnien, die Geschlechter. Wohlstand für alle setzt Chancen für alle voraus. Dazu braucht man gute Ausgangspositionen, insbesondere gute Bildungschancen. Wir wollen keine offenen oder versteckten Ungerechtigkeiten wachsen lassen. Es ist gefährlich und unmoralisch, „verlorene Generationen" zu schaffen.

Solidarität, Geschwisterlichkeit, Empathie bedeuten: Jeder hat den Anspruch auf Hilfe in Notlagen, gerade in einer reichen Gesellschaft wie der unseren. Wir müssen die Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, in ihren Vorzügen und Nachteilen. Wenn eine gute Gesellschaft ein Minimum an Sicherheit, Stabilität und Berechenbarkeit sichern soll, schließt dies eine „Ellenbogengesellschaft" oder eine „Kasinogesellschaft" aus. Es schließt aber auch eine „Gießkannen-Solidarität" aus, die Geld ungezielt verteilt und vergeudet.

Wir wollen mit der älteren Generation solidarisch sein und die jüngere Generation nicht über Maßen belasten. Die Generationengerechtigkeit erfordert es, dass einerseits ein angemessenes Ausmaß an sozialer Sicherheit für die Älteren auf Dauer gewährleistet wird, andererseits aber dadurch nicht Ressourcen in einem Ausmaß verbraucht werden, welches den nächsten Generationen nichts mehr übriglässt. Auch jeweils gerechtfertigte Ansprüche müssen abgewogen werden. Wir wollen die notwendigen *Sozialeinrichtungen* für alle Altersgruppen (wie Krankenhäuser und Pflegeheime) in guter Qualität durch ein öffentliches System bereitstellen, auch wenn private Angebote willkommen sind. Wir wollen die Verfügbarkeit des erforderlichen Personals (von ÄrztInnen bis PflegerInnen) sicherstellen. Wir wollen Zivilisationskrankheiten bekämpfen. Wir wollen Bewusstheit schaffen für die Problematik einer voranschreitenden medizintechnischen Selbstoptimierung des Menschen, aber auch für Gefahren seiner Instrumentalisierung. Nicht alles, was technisch machbar ist, sollte umgesetzt werden.

Wir sind auch (in abgestufter Weise und im Rahmen der Möglichkeiten) solidarisch mit anderen Mitgliedern der Europäischen Union, darüber hinaus mit Menschen in allen Teilen der Welt. Wir sind rechtlich und moralisch zur Hilfe für Flüchtlinge verpflichtet. Die Gerechtigkeit gebietet es auch, für eine bestmögliche Integration von Immigranten zu sorgen, um ihre und unsere Lebenschancen zu erhöhen.

Nachhaltigkeit und Stabilität

Unsere Vision ist ein nachhaltiges Wirtschaften und Leben. Wir legen Wert auf eine saubere Umwelt und auf qualitativ hochwertige Nahrungsmittel. Unsere Verantwortung reicht in die Zukunft, in die Lebenszeit künftiger Generationen. Wir sehen es als eine Verantwortung der gegenwärtigen Epoche an, den Übergang zu

muss leistungsfähig sein, er muss Sicherheit in allen Dimensionen bieten können.

Wir wollen einen Staat, der nicht wegschaut, wenn es Probleme gibt. Einen Staat, der sich um die Schwierigkeiten im Leben der Menschen kümmert, ohne ihnen konkret vorzuschreiben, wie sie leben sollen. Wir wollen einen wirksamen Staat, der Steuergelder nicht vergeudet, sondern sorgsam verwaltet. Einen Staat mit Politikern, die nicht die Innehabung von Positionen durch Geldverteilung abpolstern, sondern die eine effiziente Struktur schaffen. Wir wollen einen starken Staat, dort, wo seine Stärke notwendig ist (etwa bei der Unterbindung von Machtpositionen oder bei der Bekämpfung von Korruption). Stärke hat nichts mit Staatsanteil zu tun: Wir wollen keinen Staat, der den Menschen alles, was sie erarbeitet haben, wegnimmt, um es ihnen anschließend als Gnadengabe zurückzugeben. In der Budgetpolitik setzen wir weiterhin auf einen ‚Kurs der Vernunft'. Wir bekennen uns zu einem langfristig ausgeglichenen Landeshaushalt (im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Situation), setzen gleichzeitig aber auf wichtige Investitionen für eine positive Zukunft unseres Landes.

Wir wollen ein Selbstverständnis der Politik als einer gestaltenden Kraft. Dazu braucht es Politikerinnen und Politiker, die mit Leidenschaft und Verantwortungsbewusstsein bei der Sache sind, und urteilsfähige Bürgerinnen und Bürger, die weitsichtige und verantwortliche Politik mitzutragen bereit sind.

Wir brauchen Transparenz – wir bekennen uns zu einer Politik, die mit Daten und Fakten argumentiert. Wir forcieren Expertise und Evaluierung. Wir suchen den kontinuierlichen Dialog mit Wählerinnen und Wählern. Das soll in jener Ernsthaftigkeit geschehen, die wir auch bei Wählerinnen und Wählern voraussetzen, sodass die-

se Unehrlichkeit, Täuschung und Gefühlspolitik sanktionieren. Wir halten nichts von einem Populismus, der Wählerinnen und Wähler bei ihren schlechten Neigungen und Gefühlen ansprechen will.

Subsidiarität und Föderalismus

Wir wollen einen föderalistischen Staat. Dieser föderalistische Staat erzeugt nicht notwendigerweise eine Provinzperspektive, die das Gemeinsame nicht mehr sieht. Ein Chaos an Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, eine Gemengelage von politikstrategischen Schuldverschiebungen vom Bund auf die Länder und von den Ländern auf den Bund sind ebensowenig eine logische Konsequenz.

Es gibt viele Angelegenheiten, die in einem Maße koordinierungsbedürftig sind, dass sie am besten vom Bund geregelt werden; aber auch viele Entscheidungen, die selbstbewusst in den Ländern geregelt werden können – wir regeln bestimmte Dinge möglicherweise in der Steiermark anders als in anderen Bundesländern.

Wir machen Politik für Stadt und Land. Wir halten an der Vision einer wohlstrukturierten regionalen Gliederung fest: Es gibt einen funktionierenden ländlichen Raum und attraktive Städte. Bevölkerungsverschiebungen werden in den Ballungszentren ebenso zu bewältigen sein wie in den peripheren Gebieten. Wir wollen bestmögliche Rahmenbedingungen, Serviceleistungen, Infrastrukturpakete für die ländlichen Regionen.

Die Steiermark wollen wir als selbstbewusstes Land verstehen, das Heimatverbundenheit und Weltoffenheit in selbstverständlicher Weise verbindet. Wir sind – mit Herz und Verstand – Teil unserer lokalen Gemeinden, unseres Bundeslandes, des Bundesstaates Österreich; wir verstehen uns als Mitteleuropäer und Europäer, schließlich auch als Weltbürger. Wir haben keine Angst vor ande-

einer nachhaltigen Wirtschaft zu gestalten. Das ist nicht einfach, denn wir wollen wesentliche Elemente unseres Lebensstandards und die Dynamik der Entwicklung erhalten. Wir wollen weiterhin Fortschritt, aber unter dem Vorbehalt verbesserter Nachhaltigkeit. Auch dabei gilt: Mit abstrakten Wertbekundungen, die im Alltag nicht eingelöst werden, ist es nicht getan.

Das Nachhaltigkeitsproblem zeigt, dass die Welt zu einem Dorf geworden ist: Wirksame Maßnahmen setzen eine weltweite Zusammenarbeit voraus, die allerdings zu wünschen übriglässt. Wir können nur tun, was wir in diesem Lande tun können, aber daran sollten wir uns nicht hindern lassen. Wir wollen den ökologischen Fußabdruck – auf gemeinschaftlicher und persönlicher Ebene – beachten.

Wir wollen deshalb weitere Nachhaltigkeitsreformen bei Energie und Umwelt setzen, trotz der neuerdings erschwerten globalen Situation. Wir bekennen uns in Europa zu einer Vorbildrolle. Das wohlhabende Europa kann sich eine Vernünftigkeit leisten, die ärmeren Ländern schwer abzuverlangen ist. Auch regionale Verbesserungen gilt es zu intensivieren, denn es gibt besondere Problemzonen. Das alles ist, wie wir wissen, letztlich eine Frage des Lebensstils. Doch schließlich wollen wir diese Welt für unsere Kinder und Enkel in einem guten Zustand erhalten.

Staatlichkeit und Stärke

Wir wollen einen wohlproportionierten Staat. Dieser Staat muss zuverlässig sein, er muss ein sinnvolles Repertoire öffentlicher Güter und Dienstleistungen anbieten. Er muss Rechtsstaatlichkeit und den gleichen Zugang zum Recht gewährleisten. Er muss eine unabhängige Justiz sicherstellen und korrupte Praktiken bekämpfen. Er muss sein Gewaltmonopol ausüben können. Seine Administration

ren Kulturen, wir finden sie interessant und aufschlussreich – im Sinne der geistesgeschichtlichen Tradition hat die Konfrontation mit fremden Kulturen immer auch zur Selbstreflexion Europas beigetragen. Die Europäische Union ist ein Projekt der Freiheit, des Friedens und Solidarität. Gleichwohl sind in den letzten Jahren bestimmte Konstruktionsfehler deutlich geworden, und das Projekt befindet sich in Bewegung. Der europäische und kosmopolitische Horizont ist aber bis in die letzten Ecken der Bundesländer eine Notwendigkeit, wenn man nicht an der spätmodernen Wirklichkeit vorbeileben will.

Auch im Prozess einer zunehmenden Globalisierung bleibt die Dimension einer regionalen Verankerung aufrecht: Heimat ist für fast alle Menschen eine wichtige Bezugsgröße. Ein funktionsfähiger Föderalismus bedeutet nicht Kirchturmpolitik, sondern entspricht dem klassischen Subsidiaritätsprinzip. Föderalismus ist auch ein Element der verfassungspolitischen Ausgleichs- und Balanceprozesse (der checks and balances), sofern er in einer gemeinschaftlichen Gesinnung gelebt wird. Die Bundesländer haben eine Verantwortlichkeit im Rahmen des Gesamtstaates und im Rahmen Europas.

Vielfalt und Breite des Geistes

Bildung ist grundsätzlich als ganzheitliche Bildung zu verstehen: Allgemeinbildung und Berufsbefähigung stehen nicht in einem Gegensatz, ebenso wenig wie Körper und Geist, Handwerk und höhere Bildung, Masse und Elite. D.h. es ist nicht das Eine gegen das Andere auszuspielen, vielmehr ist in einer komplexen Gesellschaft „alles“ vonnöten. Man muss die daraus entstehenden Spannungen bewältigen, von der Förderung von Personen mit besonderen Bedürfnissen über eine Bewältigung der Massenausbildung bis hin zur Bestenauslese.

Die Förderung auf allen Niveaus hat auch zum Ziel, dass das Bildungssystem der Vielfalt der Begabungen, Wünsche und Talente Rechnung zu tragen hat. Man soll Potenziale ausschöpfen, aber die Kinder und Jugendlichen nicht in Illusionen jagen.

Ein erstklassiger Lebensstandard braucht erstklassig ausgebildete Fachkräfte und erstklassige Forschung. Leistungsstarke Universitäten und Fachhochschulen sind erforderlich. Wir wollen die Zukunftsinnovationen nicht nur den asiatischen Ländern überlassen. Unsere Vision ist es, Teil eines nach wie vor leistungsstarken und einfallsreichen Europa zu sein.

Eine freie Gesellschaft ist eine innovative Gesellschaft. Die Fähigkeiten der Menschen zu Planung und Vorhersehbarkeit sind beschränkt, deshalb muss es viele Möglichkeiten zum Experimentieren geben: Schlechte Erfindungen werden scheitern, aber manche Innovationen werden sich segensreich auswirken. Doch diese Innovationen müssen ausprobiert werden können, und das gelingt nur in einer Gesellschaft der Freiheit. Wir glauben deshalb an keine übertriebenen Planungsvorstellungen; diese sind immer gescheitert. Wir glauben an die menschliche Gestaltungskraft.

Kulturelle Kreativität

Kunst und Kultur sind unabdingbare Bestandteile des menschlichen Lebens. Sie zeichnen den Menschen aus. Sie helfen uns, die Welt aus unterschiedlichen Perspektiven zu sehen. Sie tragen zur sozialen Teilhabe bei. Menschen verstehen sich selbst, indem sie Umwege gehen – und zum Teil führen diese über jene symbolischen Produkte, die man als Kunst bezeichnet. Kunst und Kultur setzen Impulse: zur Reflexion, zur Emotion, zur Dynamik, zur Offenheit. Sie können nicht zur Gänze dem Markt überlassen werden, einer zivilisierten Gesellschaft muss die Kunst ein Anliegen sein. Kunst

und Kultur sind jedoch kein elitäres Anliegen, sie sind überall. Sie spielen mit Möglichkeiten.

Europa hat die Idee der künstlerischen Freiheit entwickelt, und diese verteidigen wir, auch gegen jüngste Angriffe. Kultur ist Freiheit, Menschenrechte, Provokation, Kritik, Spielerei. Wir sind stolz auf unser großes Erbe, und wir freuen uns über Experimente - manche gelingen, manche nicht; aber man muss probieren, um Neues zu entwickeln. Der Zugang zu Kunst und Kultur soll möglichst vielen offen stehen, künstlerische Betätigung soll vielen Menschen ermöglicht werden, vor allem Kinder und Jugendliche wollen wir dafür begeistern. Physische und soziale Barrieren bauen wir weiterhin ab. Kulturförderung soll transparent, verlässlich und vielseitig sein.

Kunst und Kultur sind eine der Sprachen, mit denen die Menschen die Welt und sich selbst beschreiben. Sie überwinden Grenzen, sie tragen zum globalen Dialog bei. Kulturpolitik ist deshalb auch Friedenspolitik. Die Schätze unterschiedlicher Kulturen der Welt sind zugänglich wie niemals zuvor, und das ist eine Bereicherung. Wir wollen Neugierde und Interesse für die künstlerischen Leistungen der ganzen Welt beleben.

Unsere Lebensräume: lebenswert und liebenswert

4. Unsere Lebensräume: lebenswert und liebenswert

Ausgangslage

Menschen leben in überschaubaren Räumen – auch in einer globalisierten Welt. Sie leben in Gemeinden, Städten, Bezirken, Regionen – und eben in der Steiermark, in Österreich, in Mitteleuropa, in der Europäischen Union, in einem größeren Europa, in einer gemeinsamen Welt. Für eine regionale und kommunale Politik liegen viele Aufgaben gewissermaßen vor der Haustür.

Wir wollen die Steiermark weiterhin als eine l*ebenswerte und liebenswerte Region* gestalten und entwickeln. Wir leben nicht nur von der Hochtechnologie allein, es bedarf eines attraktiven Lebensraums, um die professionellen Arbeitskräfte aus dem Hightech-Sektor für diesen Raum zu interessieren bzw. sie hier zu halten. Dazu braucht es Städte, die Flair besitzen; es bedarf einer schönen Landschaft, die Erholungswert aufweist; und eines ländlichen Raumes, der „lebt" – und nicht nur ein Disneyland für Touristen anzubieten hat. Wir haben alles das – und wollen es behalten und weiterentwickeln.

Durch das Wachstum der Ballungsräume geraten die ländlichen Regionen bevölkerungsmäßig unter Druck. Ein *Problemfeld* ist die Entwicklung der steirischen Peripherien. Hier muss es gelingen, moderne Strukturen zu erarbeiten und Zentren zusätzlich zu Graz zu bilden, damit die Abwanderung hintangehalten wird. Die Obersteiermark wird beispielsweise in den nächsten Jahrzehnten bevölkerungsmäßig weiter schrumpfen, Graz und sein Umfeld werden stark wachsen. Generell gilt (auch im internationalen Vergleich), dass Städte wachsen und Dörfer schrumpfen – aus einer

ganzen Reihe von Gründen. Es bedarf deshalb einer Konzeption von Standards (für Infrastrukturen und Dienstleistungen), um erforderliche Einrichtungen in jeweils praktikabler Nähe zu jeweils tragbaren Kosten aufrechterhalten zu können.

Es könnten sich auch bestimmte Gegentendenzen entwickeln: Wenn sich etwa die Lebensqualität der Städte unter dem raschen Wachstum verschlechtert, werden ländliche Räume attraktiver. Wenn Mobilität bequemer wird (etwa durch autonomes Fahren), können sich Pendlerlinien bis weit in ländliche Räume entwickeln. Dadurch können die Vorteile des Lebens im ländlichen Raum neue Wertschätzung erlangen. Die Stärke der sozialen Faktoren, die in die eine oder andere Richtung wirken, lässt sich derzeit nicht abschätzen.

Für die Entwicklung der Steiermark zu einer attraktiven Region brauchen wir eine Zusammenarbeit zwischen *Bottom-up* (Eigenverantwortung der Region) und Top-down (Koordination durch das Regionalressort). Gerade für die gemeinsame Unterstützung und Koordinierung von Maßnahmen, die den Regionen zugutekommen, bedarf es einer ausreichenden Budgetierung derartiger regionaler Maßnahmen („Regionalbonus").

Räumlichkeit: In Regionen leben

Mittleren, vor allem aber größeren Städten wird bis zur Mitte des Jahrhunderts ein deutliches Wachstum vorausgesagt. Wenn Städte wie Graz oder Wien noch um ein Drittel oder um die Hälfte wachsen, wenn aber zugleich die Gesamtbevölkerung Österreichs (im höchsten Falle) konstant bleibt, bedeutet dies eine starke Abwanderung aus dem ländlichen Raum. Deshalb ist eine neue räumliche Ordnung im Entstehen – nicht durch den Willen der Politik, sondern durch die Entscheidungen der Menschen. Sie ziehen weg

aus grenznahen Regionen, hin in die Ballungsräume, wegen der Bildungsmöglichkeiten und wegen der Arbeitsplätze. Die steigende Bildungsteilnahme bedeutet eine Abwanderung bzw. Urbanisierung der jungen Generation (die nach dem Bildungsabschluss im Zentralraum selten in die Heimatgemeinde zurückwandert), deshalb kommt es auch zu einer *überdurchschnittlichen Veralterung* im ländlichen Raum.

Wenn der ländliche Raum in diesem Sinne „ausgedünnt" (und durch niedrige Geburtenraten als Folge dieser Ausdünnung weiter geschwächt) wird, muss man die Versorgungsnotwendigkeiten in verschiedenen Dimensionen definieren und räumlich neu ordnen. Alle Möglichkeiten, die *Attraktivität* bestimmter Regionen zu steigern, sind zu nutzen; nicht zuletzt durch die Entwicklung von „Profilen" und „Marken". Politische *Infrastrukturmaßnahmen*, die die steirischen Regionen besser mit dem Kernraum vernetzen, sollen Priorität erhalten. Eine Vernetzung der regionalen Zentren mit dem Großraum Graz bringt Vorteile, dafür sind weitgehende Infrastrukturmaßnahmen, die auch der Bund zum großen Teil finanzieren muss, notwendig – Stichworte: Ausbau der S-Bahn, Ringvernetzung der S-Bahn, weitere Autobahnanbindungen, weiterer Ausbau der steirischen Tunnelprojekte, Ausbau des Breitbandnetzes. Ausgehend von den größeren Städten, werden sich Ansiedlungen entlang einer effizienten Verkehrsinfrastruktur bilden, insoweit Pendlerinnen und Pendler einen Zugang zu den urbanen Agglomerationen haben.

Auch wenn die Obersteiermark bevölkerungsmäßig schrumpfen sollte, gibt es eine *touristische Entwicklung* in der westlichen Obersteiermark, zusätzlich angestoßen durch die Projekte rund um den Red Bull Ring in Spielberg; es gibt den Wintertourismus in der nördlichen Obersteiermark; und es entwickelt sich die neue Marke

„Hochsteiermark“ mit den Schwerpunkten Industrieentwicklung, Qualitätstourismus und spirituelle Zentren im östlichen Bereich. Genauso gilt es die wissenschaftlich-intellektuellen Potentiale der Region noch professioneller auszuschöpfen.

Wohlfühl-Räume: Lebendige Dörfer, Märkte und Städte mit ihrem traditionsreichen baulichen Erbe, das sich in ihren unverwechselbaren Ortsbildern widerspiegelt, sind unverzichtbarer und prägender Bestandteil des ländlichen Raums. Da sie die Attraktivität des Raums auch für den Arbeitsmarkt erhöhen, sind sie ein wichtiger Standortfaktor und wirken Abwanderungstendenzen entgegen. Wir brauchen diese funktionsfähigen Stadt- bzw. Ortsstrukturen – und deshalb auch gute Ausbildung, moderne Infrastruktur und sichere Energieversorgung. Eine bedarfsgerechte und flächensparende Raumordnung, die den Ansprüchen von Wohn-, Gewerbe- und landwirtschaftlichen sowie Freizeit-Nutzungen entspricht, muss noch stärker als bisher in den Fokus einer zukunftsfähigen „Raumpolitik“ gerückt werden. Jede Region hat auch ihre (bau)historischen Besonderheiten, die nicht nur geschätzt werden, sondern auch als Standortfaktor verstanden und als touristische Plattform genutzt werden. Die Raumordnung soll auch verstärkt auf die (wirtschaftliche) Stärkung der Kernzonen in den neuen Gemeinden Bedacht nehmen.

Knotenpunkte: attraktive Städte

Die *Zuwanderung in die Agglomerationen* bedeutet für diese nicht automatisch einen Vorteil, denn es kann auch zu einem unkontrollierten Wuchern der suburbanen Zonen kommen. Die Städte werden die Räume für den Bevölkerungszuwachs gestalten müssen, zum Teil muss man mit einer Überlastung der Zentren zurechtkommen. Wenn Städte wachsen, müssen sie Wohnen, Arbeiten und Leben neu ordnen - insbesondere müssen sie mit den Mobilitätsanforderungen zurechtkommen.

Die Stadt Graz stöhnt unter der Last des motorisierten Individualverkehrs. Verkehrsstaus und Feinstaubbelastungen über den Grenzwerten zählen zur Tagesordnung. Die Kapazitäten des öffentlichen Verkehrs im Stadtgebiet sind nahezu erschöpft.

Eine zukunftsfähige Verkehrslösung für die Landeshauptstadt und den Großraum Graz ist unabdingbar, zumal die Stadt jährlich um etwa 4000 Einwohner wächst und auf geraume Zeit wachsen wird. Dazu ist nicht nur ein radfahr- und fußgängerfreundliches Klima zu schaffen, sondern auch der öffentliche Verkehr im Großraum Graz bewusst zu unterstützen. Park & Ride-Systeme werden ausgebaut werden müssen. Und es muss, in einer modernen Stadt, auch Platz für visionäre Ansätze im Personennahverkehr geben.

Mobilität: Beweglichkeit unterstützen

Mobilität und Erreichbarkeit sind für die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der ländlichen Regionen als Wirtschafts- und Lebensräume eine entscheidende Voraussetzung. Sich verändernde räumliche Strukturen, der demografische Wandel und die Individualisierung der Lebensstile haben erhebliche Auswirkungen auf Mobilitätsbedürfnisse und -verhalten.

Den ländlichen Raum nicht abhängen: Mobilität und Erreichbarkeit müssen in allen Regionen sichergestellt werden. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und entsprechende Verkehrsangebote sind für Bürger und Wirtschaft von grundlegender Bedeutung. Der dominierende Verkehrsträger im ländlichen Raum wird auch in Zukunft (gerade mit dem Blick auf technologische Entwicklungen wie das selbstfahrende Auto) die Straße sein, deshalb kommt auch der bedarfsgerechten Verbesserung des steirischen Straßennetzes ein besonderer Stellenwert zu. Gleichzeitig wollen wir künftig verstärkt eine klimaschonende und lärmarme Mobilität forcieren. Diese bil-

det die Grundlage einer gelungenen Verkehrspolitik, da nicht allein autozentrierte Konzepte vorherrschen dürfen, sondern die Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger das Gebot der Stunde ist.

Verkehrsstrukturen anders denken: Beinahe zwei Drittel der Erwerbstätigen in der Steiermark arbeiten nicht an ihrem Wohnort. Fast 50.000 Beschäftigte pendeln mehr als 100 km zur Arbeit. Es besteht deshalb (aus unterschiedlichen, wesentlich auch aus ökologischen Gründen) große Einigkeit darin, dass der öffentliche Personennahverkehr (Bus, Straßenbahn und S-Bahn) als eine wichtige Komponente der Infrastruktur anzusehen ist. Das Erfolgsprojekt S-Bahn soll in der Folge als Gesamtkonzept für die Obersteiermark professionell ausgebaut und zügig vorangetrieben werden – man kann dieses Netz optimieren durch regelmäßig getaktete Busse, Rufbusse, Bürgerbusse oder Sammeltaxis, durch Elektromobilität und Car-Sharing Angebote.

Mit dem 2,5 km langen Lückenschluss der Eisenbahnstrecke zwischen dem steirischen Bad Radkersburg und dem slowenischen Gornja Radgona wäre die historisch bedingte Entwicklungstrennlinie nach 70 Jahren endlich aufzulösen, und die beiden Grenzregionen des slowenischen Grenzlandes und des südoststeirischen Vulkanlandes könnten sich gemeinsam weiter entwickeln. Die Baltisch-Adriatische Achse, die auch den Semmering- und den Koralmtunnel enthält, wurde in das Transeuropäische Netz aufgenommen und ist bereits in Bau. Auch der Ausbau der Krapinabahn mit der Verbindung über die Pyhrn-Schoberstrecke soll als transeuropäische Bahnverbindung weiter verfolgt werden, um eine weitere zentrale Verkehrsachse durch die Steiermark zu erhalten.

Wohnen: Räume zum wirklichen Leben

Attraktive Ortschaften müssen für alle da sein: für Familien und Alleinstehende, für Kinder und Senioren, für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, für Großeltern und Jugendliche, für Unternehmer und Bauern – das alles zusammen ergibt ja erst einen „Lebensraum". Wir wollen Grünanlagen; Naherholung und Kultur, gemischte Stadtviertel, gute Erreichbarkeit, ökologische Verbesserungen, ansprechende Ästhetik...

Wohnen ist ein soziales Grundbedürfnis der Menschen, daher muss die Leistbarkeit ein zentrales Anliegen sein. Leistbarer Wohnraum und gutes Wohnen müssen in Einklang gebracht werden, weil es ein Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger ist. Deshalb wollen wir das Wohnen „neu denken". Dazu braucht es erstens öffentliches Geld, zweitens das Engagement der Bewohner und drittens vernünftige Regeln. Zu Recht steht beim Thema Wohnen das Wohl der ganzen Gesellschaft auf dem Prüfstand. Es geht dabei nicht nur um stabile Gebäude, sondern auch um eine stabile Gesellschaft, in der eine Art „Hausfrieden" herrscht.

Essen: Geschmackvoll, gesund, sicher

Die Kulturlandschaften unserer Steiermark sind das umfassendste „Archiv" unserer Vorfahren und bilden die Grundlage der regionalen Identität: Sie stiften „Heimat". Gerade die Landwirtschaft leistet hierbei einen unverzichtbaren Beitrag zu deren Erhalt. Als eine der am stärksten formenden Kräfte in der Landschaft unterliegt die Land- und Forstwirtschaft dabei ebenso wie Technik und Gesellschaft einer erheblichen Dynamik. Es gilt daher, die Charakteristika unserer Kulturlandschaften für nachfolgende Generationen zu erhalten und verantwortungsvoll weiterzuentwickeln, um auf zukünftige Herausforderungen wie fortschreitende Globalisierung,

begrenzte Ressourcen, Klimaveränderungen, Energiebilanzen, Ernährungssicherung sowie demografischen Wandel angemessen reagieren zu können. Die steirische Land- und Forstwirtschaft mit ihren rund 40.000 Familienbetrieben sichert in der Steiermark 110.000 Arbeitsplätze. Als größtes Waldland Österreichs bietet die Grüne Mark außerdem eine ausgezeichnete Rohstoffbasis für die Säge-, Papier- und Zellstoffindustrie sowie für die heimische Energiewirtschaft.

Im Bereich der *Lebensmittelversorgung* wird deutlich, dass billiges „industrielles" Angebot nicht immer akzeptiert wird, sondern dass eine überschaubare bäuerliche Landwirtschaft, die Flächen nachhaltig bewirtschaftet und Tiere artgerecht hält, Zukunft hat. In diesem Land werden kulinarische Produkte von höchster Qualität und Vielfalt hergestellt. Gerade diese Kriterien werden in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Entscheidend ist dabei Transparenz: Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln müssen nachweisbar sein. Dann kann auch die Regionalität als Kriterium von Kaufentscheidungen dienen. Mehr und ausreichende Informationen sind immer besser: Dann können souveräne KonsumentInnen entscheiden.

Die Öko-Perspektive: Umwelt und Energie

Auf einer begrenzten Erde gibt es kein unbegrenztes Wachstum im bisherigen Stil. Der derzeitige Ressourcenverbrauch liegt (beim österreichischen Lebensstil) bei zweieinhalb Erden. Technische Lösungen werden helfen, aber das Problem nicht vollständig lösen. Wir müssen intelligenter unterwegs sein.

Grüne Wirtschaft mit Schönheitsfehlern: Noch vor wenigen Jahren hätte man es für selbstverständlich gehalten, dass das 21. Jahrhundert jenes der green energy wird: Umstellung auf nachhaltige Energieerzeugung. Mittlerweile haben die Fracking-Möglichkeiten,

insbesondere in den USA, eine neue globale Situation geschaffen. Gas und Öl, dazu Kohle und Atomenergie, unterfahren derzeit in Folge von Dumpingpreisen die Alternativenergien. In der globalisierten Welt gibt es viele Länder, die billige Energiepreise anbieten, um Unternehmen und Investitionen anzulocken. In jenen Industrien, in denen Energie ein wesentlicher Kostenfaktor ist, hat dies Standortüberlegungen zur Folge. Wenn im internationalen Wettbewerb Strom für Konsumenten und Industrie billiger wird, bedeutet dies eben nicht nur, dass billigerer Strom zur Verfügung steht, sondern auch, dass viele bestehende Anlagen in Österreich unrentabel werden und der Übergang zu einer nachhaltigen Energiebereitstellung verzögert wird. Tragbare Energiepreise sind ein Standortfaktor, und viele Länder, insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer, aber auch die USA, stellen wirtschaftliche Effizienz und Wachstum voran, während sie den Klimaschutz unter vagen Zukunftszielen verbuchen. Doch mit diesen Ländern stehen wir im Wettbewerb. Die technologische und effiziente Weiterentwicklung der erneuerbaren Energieträger und eine faire Gesamtrechnung der fossilen Energiewirtschaft sind aufgrund der enormen Energiezuwächse weltweit und auch lokal unumgänglich.

Umweltstandards werden ein dauerhaftes Thema bleiben, zumal die klimatischen Veränderungen von Jahr zu Jahr deutlicher spürbar werden. Sie sind mit dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit und Berechenbarkeit zu koppeln. Aber auch die Konsequenzen für die unmittelbare Lebensqualität, etwa in Gemeinden und Regionen, aber auch im Hinblick auf eine gesunde Lebensmittelversorgung, werden an Bedeutung gewinnen.

Intelligente Energiesystemforschung: Energieforschung ist noch nicht komplex genug, um den vorhandenen, breiten Mix an Energieangeboten effizient ausschöpfen zu können. Je mehr instabile

Alternativenergie verwendet wird, desto wichtiger werden Speicher und andere Ausgleichsmechanismen. Je mehr lokale Energiequellen verwendet werden, desto wichtiger werden intelligente Netze. Energiepolitik ist nicht mehr mit der einen oder anderen durchschlagenden Maßnahme zu machen, man wird grundlegende (integrierte, interaktive) Verbesserungen an vielen Stellen vornehmen müssen. Intelligente alternative Energieerzeugung (über den eigenen Verbrauch hinaus) kann eine Option und eine enorme Wertschöpfungschance für den ländlichen Raum bedeuten.

Eine *außenpolitisch reflektierte Energiepolitik* wird in Österreich nicht als Schwerpunkt gesehen: So hat beispielsweise die Russland-Abhängigkeit in jüngster Zeit neue Facetten gewonnen. Energieversorgung kann rasch zu einer politischen Waffe werden. Auch bei dieser Frage muss man sich an den neuen Verhältnissen orientieren.

Sicherheitspolitik im Energiebereich ist bislang wenig entwickelt. Die Versorgungssysteme (etwa bei der Elektrizitätsversorgung) weisen die Gefahr einer Instabilität auf, die irgendwann zu einem (mehrtägigen) Zusammenbruch führen kann; zudem kommt die Gefährdung durch (terroristische, militärische) Angriffe hinzu. Die Sicherheits- und Katastrophenforschung in diesen Bereichen muss vorangetrieben werden – und in Maßnahmen münden.

Eine *intelligente Energiepolitik* muss deshalb heute einen modernen Standort auszeichnen. Es geht um Stabilität, um Versorgungssicherheit und darum, dass Energie leistbar bleibt. Dies ist mit den Ansprüchen an Nachhaltigkeit und Effizienz zu koppeln. Die Steiermark steht daher für einen pragmatischen Zugang und für technologische Entwicklungen auf dem Energiesektor.

Wir brauchen eine moderne, qualitativ hochwertige und krisenresistente Versorgung. Zukünftige Steuerreformen müssen stärkere ökosoziale Anreize setzen.

Freizeit: elementares Lebensbedürfnis

Freizeit ist vielen vieles. Interessen richten sich auf Unterhaltung, Sport, Reisen, Kunst und Kultur, Bücher, Erholung. Menschen beschäftigen sich mit Schifahren, mit ihrem Garten, mit dem Lernen von Sprachen, mit Bastelarbeiten, mit Kino oder Internet, mit Malen, Spielen, Laufen... Sport ist im Freizeitangebot besonders wichtig, er trägt, in vernünftiger Weise betrieben, zu Gesundheit und Lebensqualität bei. Körperliche Bewegung ist beinahe für alle Gesundheitsdimensionen hilfreich. Breitensport ist deshalb besonders wichtig, gerade für Kinder und Jugendliche. Sport- und Bewegungsangebote in der Steiermark ausbauen und weiter attraktivieren, erreichbar und auch leistbar zu gestalten, muss daher in gesellschafts-, sozial- und auch gesundheitspolitischer Hinsicht ein Anliegen bleiben.

Gerechtigkeit: effizient, sparsam, solidarisch

5. Gerechtigkeit: effizient, sparsam, solidarisch

Ausgangslage

Über politische Ziele sind sich die meisten Menschen einig, nicht jedoch darüber, wie diese Ziele zu erreichen sind und welche Aufgaben dabei der Politik und dem Staat zukommen. Wir sind der Auffassung, dass selbst in reichen Gesellschaften viele Wünsche offen bleiben, gerade für die Ärmeren in der Gesellschaft, gerade unter einem globalen Wettbewerbsdruck; dass es ein ständiges Ringen darum geben muss, die unverzichtbaren Funktionen des Staates unter neuen Bedingungen jeweils anzupassen und effizient zu handhaben.

Österreich hat einen starken Staat, wenn man den Staatsanteil betrachtet, also den über den Staat abgewickelten wirtschaftlichen Sektor. Österreich hat keinen starken Staat, wenn man die *zukunftsgerechte Gestaltungskraft* der letzten Jahre ins Auge fasst. Es handelt sich freilich immer um einen Balanceakt: Wie vermeidet man untragbare Ergebnisse des privatwirtschaftlichen Sektors, ohne dass man sie durch andere untragbare Ergebnisse des Staates ersetzt? Wie vermeidet man, dass die Quantität staatlicher Eingriffe in Unterdrückung umschlägt; dass die staatliche Risikoabsicherung in Bevormundung mündet? Es gibt hinreichend Belege für die Ineffizienz von Kompetenzüberlagerungen zwischen Gebietskörperschaften. Ineffizienz verletzt im Normalfall auch das Gerechtigkeits-Kriterium. Wenn im Zusammenhang mit jüngsten Berichten aus dem Bankensektor über ein staatliches „Multiorganversagen“ gesprochen wurde, dann zeigt sich institutioneller Effizienzsteigerungsbedarf. Privatunternehmen müssen in der spätmodernen Welt ohnehin „smarter“ werden, aber auch viele staatliche Institutionen dürften Spielraum nach oben haben.

Bessere Staatlichkeit: ein effizienter öffentlicher Sektor

Verwaltungsreformen, die seit Jahrzehnten (auch als Einsparungspotenzial) auf Bundesebene beschworen werden, sind nicht immer durchgeführt worden – trotz vieler Verbesserungen. Wir werden darauf drängen, dass unter dem Druck der gegenwärtigen Finanzkrise viele dieser Reformen, die zum Teil vom Rechnungshof bereits seit geraumer Zeit aufgelistet worden sind, durchgeführt werden.

Bei der Bekämpfung von *Steuerhinterziehung* und *Korruption* sind in den letzten Jahren wirksame Schritte gesetzt worden. Solche Erscheinungen zeigen, dass wir einen starken Staat brauchen, wo er notwendig und zielführend ist, aber keinen Belästigungsstaat, der die Menschen nur noch mit Formularen und Meldepflichten beschäftigt. Die Erfahrungen lehren aber auch, dass es einer permanenten und sorgfältigen Aufsicht bedarf, um Malversationen hintanzuhalten.

Der *Personalaufwand* des Landes geht weiter zurück. Wir konnten in der ablaufenden Legislaturperiode bereits 850 Stellen einsparen, und Personalbedarfe werden auch künftig genau geprüft. Gerade die letzten Jahre haben aber auch gezeigt, dass eine effiziente Landesverwaltung die besten Köpfe braucht. Alle Dinge werden komplizierter, und mit unserer Verwaltung verfügen wir über eine schlagkräftige Maschinerie, mit der man dieses Land zukunftsfit machen kann. Ergebnisträchtige Zukunftsprojekte kommen nicht aus dem Nichts.

Auch bei den *Gesetzen und Verordnungen* des Landes sind Rechtsbereinigungsmaßnahmen gesetzt worden. Die Politik muss sicherstellen, dass die Landesverwaltung durch den Gesetzgeber nicht mit unnötigen Aktivitäten beschäftigt wird. Auf Basis einer durchgeführten Aufgabenkritik ist seitens der Politik auch darauf zu

achten, dass sich die Landesverwaltung auf ihre verfassungsmäßigen Aufgaben konzentrieren kann.

Verwaltungsreform vorantreiben: Nach den Organisationsreformen müssen Aufgabenreformen in der öffentlichen Verwaltung folgen. Die Steiermark muss sich auf jedem Gebiet die besten Institutionen und Organisationen Österreichs zum Vorbild nehmen (beispielsweise bei den erfolgreichsten Bezirkshauptmannschaften). Die Entwicklung solcher Maßstäbe und Indikatoren ist allein schon für die Definition konkreter Aufgaben und Erwartungen lehrreich; denn nicht immer liegt es auf der Hand, was für diese oder jene Organisation „erfolgreich" bedeutet. Verwaltung muss in manchen Bereichen neu gedacht werden, Die Landesverwaltung soll die Vorteile, die sie beispielsweise bei der Beschaffung oder bei vertraglichen Vereinbarungen erhält, verstärkt an Gemeinden weitergeben (Verträge für Telekommunikation, Fuhrparkmanagement etc.) und diese dadurch organisatorisch und finanziell entlasten.

Rechte wahren: neue Entwicklungen

Es gilt nach wie vor: Demokratische Kultur lässt sich positiv entwickeln, mehr Menschen lassen sich einbeziehen. Wir meinen, dass die Möglichkeiten der digitalen Welt auch im Politikmachen noch nicht ausgeschöpft sind. Das betrifft Partizipation ebenso wie Service. Transparenz kann in der elektronischen Welt so kostengünstig sein wie nie zuvor.

Der *Rechtsstaat* muss gewahrt bleiben – auch was die Zugänglichkeit zum Recht betrifft. Die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger müssen gesichert bleiben. Das rechtsstaatliche Bewusstsein gilt es zu fördern. Die Landesverwaltung muss leistungsfähig bleiben, denn die Herausforderungen steigen. Wir setzen auf die Vorteile der Zusammenarbeit, deshalb auch auf eine Sozialpart-

nerschaft, die nicht nur Bewährtes bewahren, sondern es für die Zukunft anpassen will.

Irgendwann wird es so weit sein, dass die „Papierfreiheit" auch für die Kundinnen und Kunden der öffentlichen Verwaltung erreicht ist. Fast „alles" wird über das Netz erfolgen. Wir wollen eine moderne, sichere Politik für die *e-world*, für alle elektronischen Vernetzungen. Wir brauchen Sicherheit, aber auch den Schutz der Privatheit – diese Abwägungen werden immer neu getroffen werden müssen, wie uns aktuelle Ereignisse belehrt haben. Wir brauchen Schutz gegen Cyberkriminalität, Cyber-Terror, Cyber-Kriegsführung.

Steuerverfassungsreform: föderalistische Gelder

Ein Steuersystem soll einfach, durchschaubar, gerecht und ertragsstabil sein. Zu den Gestaltungsproblemen öffentlicher Budgets gehört das Auseinanderfallen von Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben. Österreich ist für ein föderalistisches Land hoch zentralisiert, das gilt ganz besonders für den budgetären Bereich, dessen Gelder praktisch ausschließlich über die Bundesebene fließen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Geldern kann gefördert werden, wenn eine Abgabenhoheit der Bundesländer eingeführt wird. Eine solche Einhebung von Landessteuern kann ergänzend zu Bundesabgaben umgesetzt werden. Bestimmte Steuern könnten überhaupt eigenverantwortlich den Ländern übertragen werden.

Alle derartigen Fragen sind eine Sache der Größenordnung. Was den Anteil der Länderbesteuerung betrifft, so könnte etwa ein Drittel der Landesausgaben durch eigenständige Besteuerung aufgebracht werden. Das Vorbild der Schweiz zeigt, dass eine gewisse Autonomisierung bzw. Dezentralisierung zu einem wacheren Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger über staatliche Einnahmen und Ausgaben (und deren Zusammenhang) führt.

Die Steiermark in Europa: verwurzelt, weltoffen, gemeinschaftlich

6. Die Steiermark in Europa: verwurzelt, weltoffen, gemeinschaftlich

Ausgangslage

Die Welt ist klein geworden. Es gibt gewisse wirtschaftliche Konvergenzprozesse, viele Entwicklungsländer holen auf, es gibt neue Konkurrenten – und manche Länder beginnen uns zu überholen. Die wirtschaftliche Verflechtung bedeutet aber nicht politische Einheitlichkeit, auch nicht im Sinne einer gleichsam automatischen Realisierung liberal-rechtsstaatlich-demokratischer Werte auf der ganzen Welt. Manche demokratisierenden Prozesse aus den neunziger Jahren sind sogar einem „Rückbau" ausgesetzt. Wir wissen nicht, wie sich die politischen Verhältnisse in Rumänien, Bulgarien oder Ungarn entwickeln werden, und auch die zukünftige demokratische oder autoritäre Ordnung der Türkei ist unbestimmt. Probleme auf dem Balkan sind noch nicht gelöst. Auch der Blick auf China lehrt, dass wirtschaftliche Entwicklung nicht automatisch zur Demokratisierung führt. Wir haben das Glück, in einer parlamentarischen, repräsentativen, rechtsstaatlichen und liberalen Demokratie zu leben, und wir bekennen uns zu dieser politischen Ordnung.

Europa darf in dieser Welt als Friedensprojekt, als Wirtschaftsprojekt, als Demokratieprojekt und als Kulturprojekt verstanden werden. Das Friedensargument (das Vereinte Europa schafft Frieden, ja suggeriert die Unmöglichkeit eines Krieges zwischen Nationen, die einander in den letzten beiden Jahrhunderten regelmäßig bekämpft hatten) hat mit der Distanz zum Zweiten Weltkrieg an Wirksamkeit eingebüßt, durch die aktuelle Situation im Osten allerdings neue Überzeugungskraft gewonnen. In der kleiner gewordenen Welt gehen uns jedoch auch die Kriege in der weiteren

europäischen Nachbarschaft etwas an: in der Ukraine, im Irak, in Zentralafrika, in Syrien, in Libyen. Sie sind vor unserer Haustür. Die europäische Handlungsfähigkeit muss deshalb nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in politischer Hinsicht gestärkt werden.

Die Steiermark als *dynamische Zukunftsregion* hat durch ihre Drehscheibenfunktion nach Südosteuropa einen besonderen wirtschaftspolitischen Stellenwert in den europäischen Regionen. Die Steiermark als „Europäische Unternehmerregion 2013" und als Wachstumsmotor, mit einer F&E-Quote von 4,4 Prozent, ist auch Ausgangspunkt für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung am Balkan und in benachbarten mittel- und osteuropäischen Staaten. Gleichwohl ist es unsicher, wie weit hinein in die Balkanregion sich wirtschaftliche Dynamik auslösen lässt.

Aber die großen Dimensionen haben auch ihre kleinen. In einer globalisierten Welt spielt sich *das konkrete Leben dennoch in jenen Gemeinden und Regionen ab*, in denen sich die Menschen verwurzelt fühlen. Die konkreten Lebensverhältnisse sind davon abhängig, dass Gemeinden funktionieren, dass eine brauchbare Infrastruktur vorhanden ist, dass man ohne Gefährdung leben kann, dass wesentliche Dienstleistungen vorhanden sind, dass es ein ansprechendes Ambiente gibt – so dass man dort, wo man lebt, gerne lebt. Globalisierung bedeutet deshalb nicht, dass Gemeinden, Länder und Regionen unwichtig werden, ganz im Gegenteil – nur kann man sich nicht mehr in einer Nische fühlen, in der Abgeschiedenheit und Heimeligkeit, vielmehr schlagen sich die weltweiten Prozesse letztlich vor Ort nieder, und vor Ort muss man mit ihnen fertig werden.

Die krisenhaften Jahre der Europäisierung

Wie sich die Europäische Union in den nächsten beiden Jahrzehnten entwickelt, ist schwer vorherzusagen – einerseits mit dem Blick auf die Länder an der Peripherie, andererseits mit dem Blick auf Großbritannien. Ohne Zweifel sind Schritte zu einem verlässlichen wirtschaftlichen Regelsystem und einem zuverlässigen Kontrollmechanismus gegenüber den einzelnen Staaten notwendig. Das beginnt mit einer internationalen Bankenregulierung, geht aber weiter zur europäischen Überwachung der nationalen Wirtschaftspolitiken. Denn es geht nicht an, dass ganze Nationen aus kurzsichtigen politischen Interessen in den finanziellen Abgrund gefahren werden, während sie am Ende auf Kosten der erfolgreichen und besonnenen Länder saniert werden müssen. Es kann keine permanenten Zahlungen ohne Kontrolle geben, keine Vergemeinschaftung von Schulden als Belohnung für Leichtsinn oder Betrug. Der Euro muss bleiben.

Die stärkere Kontrolle aus Brüssel über budgetäre und wirtschaftspolitische Angelegenheiten muss jedoch nicht in absehbarer Zeit zu den „Vereinigten Staaten von Europa" führen, einem Gebilde, gegen das Misstrauen verbreitet ist. Die EU ist bereits ein „neues" Gebilde, ohne historisches Vorbild, und in vorsichtigen Schritten muss sie weiterentwickelt werden. Steiermark, Österreich, Europa – das sind keine Gegensätze. Die EU soll sich zu einem Europa entwickeln, in dem die kulturell, topographisch und wirtschaftlich unterschiedlichen Regionen im Wettbewerb zueinander ihre Stärken ausbauen und individuelle Vorteile bestmöglich wahrnehmen können. Denn die Aufgaben häufen sich, für deren Erfüllung Regionen und Länder zu klein sind.

Sicherheitspolitik in einer unfriedlichen Epoche

Wir leben in einer unfriedlichen Epoche. Während man sich in den neunziger Jahren, nach dem Zusammenbruch des östlich-sozialistischen Weltsystems, noch der Illusion hingeben konnte, dass man sich am Beginn einer friedlichen Ära (*end of history*, Friedensdividende) befinde, haben die Ereignisse sehr rasch diese Illusion als solche entlarvt. Es gibt eine neue Teilung der Welt in West und Ost, es gibt zusätzlich die neuen Mächte in Ostasien, vor allem aber gibt es chaotische Szenarien an der südlichen und östlichen Grenze des Mittelmeeres – und diese Gebiete liegen in der Nachbarschaft Europas. Eine solche Lage sorgt für zusätzliche Flüchtlinge. Es ist nicht eine Epoche des Friedens geworden.

Wir brauchen ein funktionsfähiges Bundesheer: In der aktuellen Situation ist es leichtsinnig, auf mehr oder minder versteckte Weise das österreichische Bundesheer funktionsunfähig werden zu lassen. Gerade erst hat sich im Zuge einer Volksbefragung die österreichische Bevölkerung zu diesem Bundesheer bekannt, doch in Wahrheit wird schrittweise das Heer demontiert. Man darf das Österreichische Bundesheer nicht nur auf Katastrophenschutz beschränken! Sicherheit muss im Ernstfall auch *militärisch* gewährleistet werden – auch gegen spezifische terroristische Angriffe; daher ist eine moderne Armee mit modernen Waffen und zeitgemäßen Ausbildungsinhalten auch im Europa der EU notwendig. Eine ausreichende Ausrüstung, eine qualifizierte Kernmannschaft, ein ernstzunehmendes Milizsystem sind dringende politische Herausforderungen. Zudem bedarf das österreichische Militär der Einbettung in ein internationales (*europäisches*) Sicherheitssystem und ist deshalb auf ein europäisches Niveau zu bringen.

Der globale *Terror* wird nicht verschwinden, und dieses globale Problem wird zu einem innenpolitischen Problem. Es stellt die

Sicherheitskräfte (Militär, Polizei, Staatssicherheit) vor neue Herausforderungen. Sie brauchen eine gute Ausstattung, adäquate rechtliche Rahmenbedingungen – und sie brauchen für ihre schwierige Aufgabe Rückhalt und Wertschätzung bei der Bevölkerung und der Politik.

Leben im Zeitalter der Migration

Wir leben im Zeitalter einer neuen Völkerwanderung, und das wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern. Im europäischen Umfeld gibt es keine „dichten" Grenzen. Auch Österreich braucht eine proaktive, intensive, kluge *Integrationspolitik*, will man negative Auswirkungen vermeiden.
Integration ist nicht identisch mit Assimilation, sondern schließt den Respekt vor anderen Lebensweisen – unter Wahrung europäischer Rechtsstaatlichkeit und europäischer Werte, insbesondere aller Menschen- und Bürgerrechte – ein.

Flüchtlings- und Asylpolitik ist eine europäische Aufgabe. Ignoranz gegenüber Problemen ist ein „europäisches Versagen". Wir brauchen eine gemeinsame Strategie und eine ausgeglichene Lastenverteilung für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Das Argument, dass man das Übel von Elend und Gewalt, welches zur Migration führt, an der Wurzel bekämpfen soll, ist richtig, aber es muss Folgen haben – es ist daher kontrollierbare Entwicklungshilfe auszubauen.

Gelingendes Zusammenleben: verlässlich, glaubwürdig, berechenbar

7. Gelingendes Zusammenleben: verlässlich, glaubwürdig, berechenbar

Ausgangslage

Auf den österreichischen Sozialstaat konnte man sich in den letzten Jahrzehnten verlassen, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Allerdings gibt es eine Reihe von steigenden Herausforderungen. Bekannt ist die Veralterung der Gesellschaft, mit entsprechenden Finanzierungsproblemen bei Pensionen, Gesundheit und Pflege.

Die steigenden sozialpolitischen Aufwendungen werden die Gemeinden belasten. Unabsehbare Fortschritte der biologisch-medizinischen Wissenschaften und der Medizintechnik können rasante Kostensteigerungen bewirken.

An den Sparnotwendigkeiten des Staates führt kein Weg vorbei. Bestimmten Leistungen muss sich allerdings eine zivilisierte Gesellschaft verpflichtet fühlen, wie etwa der Hilfe für Kranke, für Pflegebedürftige, für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden dürfen. Die steigenden Belastungen durch Pension, Pflege und Gesundheit sind jedoch absehbar; sie werden zunehmen, wenn Österreich ein Sozialstaat bleiben will. Deshalb muss man längerfristig Vorkehrungen treffen.

Familien: Ausbau familienbezogener Institutionen

Familien leisten unschätzbare Beiträge für die Gesellschaft. Als Sozialisationsinstanzen vermitteln sie Persönlichkeit und Gemeinsinn, Werthaltungen und Gebräuche, Spielregeln der Gesellschaft und Bewusstheit des eigenen Selbst. Ohne familienfreundliche Gesellschaft kommt es zum Niedergang. Kinder brauchen unseren

Schutz, sie brauchen aber auch Förderung, Geborgenheit und Orientierung.

Junge Familien stehen vor den Herausforderungen, dass sie erstens eine Familie gründen und Kinder haben wollen, dass aber zweitens beide Partner einen Beruf ausüben möchten. Daraus ist zu schließen, dass sie drittens *umfassende Kinderbetreuungseinrichtungen* benötigen (beginnend mit der Kleinkindbetreuung, sodann über Kindergärten, Tagesheime und ganztägige Schulformen), und dass viertens mehr *Flexibilität* in den *Jobs* gefragt ist.

Die Nachfrage nach Kinderkrippen und Kindergärten steigt, und es ist im Interesse aller Beteiligten, diese Institutionen auszubauen. Eine pädagogische Förderung in frühen Jahren kann Nachteile ausgleichen, die in späteren Phasen nicht mehr aufgeholt werden können. Ein *zweites verpflichtendes Kindergartenjahr* – für jene, die es brauchen – erleichtert den Start in die schulische Bildungslaufbahn und trägt zu mehr Chancengerechtigkeit bei.

Eine Schulzeit bis mittags sowie 14 Wochen Ferien von Kinderbetreuungseinrichtungen sind für junge, berufstätige Ehepaare ein unlösbares Problem. Kleinere monetäre Zuwächse bei den Transfers sind keine entscheidenden Anreize, mehr Kinder zu bekommen, eine institutionelle Versorgung ist wichtiger. Der weitere bedarfsgerechte Ausbau entsprechender Angebote und nachfrageorientierte Öffnungszeiten müssen daher in der politischen Diskussion bleiben. Dennoch könnte man, nach dem Vorbild Frankreichs, überlegen, höhere Transferzahlungen für Kinder (Familiengeld) nicht für das erste Kind, sondern für das zweite oder dritte Kind vorzusehen. (Erst dann steigen auch die direkten und indirekten Kosten durch die Kinder deutlich an.)

Eine aus verschiedenen Gründen erwünschte Zunahme der Geburtenrate wird in einer kurz-und mittelfristigen Perspektive dennoch nicht zu bewerkstelligen sein, weil das frühe Absinken der Geburtenrate dazu geführt hat, dass die entsprechenden Altersgruppen gar nicht zur Verfügung stehen. Es bedarf also einer längerfristigen Strategie, und auch diese ist mit Unsicherheit befrachtet.

Ältere: nachhaltige Pensionspolitik

Durch die steigende Lebenserwartung sowie durch die sinkende Geburtenrate steigt der Anteil der Älteren an der Bevölkerung stark an, so wie auch in einigen anderen europäischen Ländern. Es gibt eine *Veralterung* Österreichs. Das erfordert ein besonderes Ausmaß an Solidarität zwischen den Generationen. Die Älteren bringen Erfahrungswissen ein, die Jüngeren zuweilen mehr Risikofreude und Zukunftsoffenheit.

Finanzierungslücke bei Pension, Gesundheit, Pflege: Die Pensionen erfordern stark steigende Aufwendungen, aber sie sind auf lange Sicht gut berechenbar. Der Anteil der Pflegebedürftigen wird steigen, durch den Eintritt stärkerer Jahrgänge in die Phase des hohen Alters und durch eine weitere Verlagerung in den öffentlichen Bereich – bei begrenzten materiellen Möglichkeiten. Die Gesundheitsausgaben werden – durch steigende Altersgruppen in der letzten Lebensphase und durch unvorhersehbare medizintechnische Fortschritte – auf unabschätzbare Weise zunehmen.

Das optimale Modell lässt den Individuen die *Entscheidungsfreiheit*, wann sie ihre Pension antreten möchten – beispielsweise irgendwann zwischen 60 und 70 Jahren, jeweils mit einem variablen Pensionsniveau auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit entsprechenden Abzügen und Zuschlägen. Das Argument, dass man frühere Pensionierung nur durch Altersar-

beitslosigkeit ersetzt, ist empirisch im internationalen Vergleich nicht haltbar; plötzliche „Sprünge“ von mehreren Jahren werden zwar spürbar, es gibt aber keine Indizien dafür, dass sich graduelle Anpassungen in Arbeitslosigkeit niederschlagen. Zudem wird sich die Lage im Zuge einer Verknappung des Arbeitsangebots in den nächsten Jahren Schritt für Schritt entspannen, sofern ein einigermaßen akzeptables Wirtschaftswachstum erreicht werden kann.

Aktives Alter: Die älteren Generationen sollen besser in das gesellschaftliche Geschehen einbezogen werden. Sensibilität für Altersdiskriminierung gilt es weithin erst zu entwickeln. Viele Angehörige der älteren Generation müssen, anders als früher, lernen, die Chancen eines aktiven Alters zu erkennen, und die Gesellschaft muss erkennen, dass es von Vorteil ist, die Erfahrungen und Leistungen der Älteren zu nutzen.

Pflege: Betreuungssystem verbessern

Steigende Pflegeerfordernisse: Die Zahl der über Sechzigjährigen wird in Österreich von 1,82 Millionen (2006) auf 3,26 Millionen (2050) ansteigen, und davon werden mehr als ein Drittel zwischen 80 und 100 Jahre alt sein. Es wird mit einem Anstieg der über 80jährigen von rund 370.000 auf rund 635.000 Personen (2030) gerechnet. Die Möglichkeiten zur Pflege zu Hause werden jedoch sinken, sowohl durch die Berufstätigkeit der Frauen als auch durch die kleineren nachrückenden Altersgruppen. Länder und Gemeinden werden mit den rapide steigenden Kosten extrem belastet sein. Als erster Schritt muss ein umfassendes quantitatives Modell für die nächsten Jahrzehnte entworfen werden (die Menschen, die davon betroffen sind, gibt es ja, sie sind abzählbar); daran müssen sich konkrete Entwicklungsszenarien anschließen.

Rahmenbedingungen verbessern: In den letzten Jahren haben wir sehr stark in die stationäre Versorgung investiert, obwohl wir wissen, dass die Steirerinnen und Steirer mit großer Mehrheit so lange wie möglich zu Hause gepflegt werden möchten. Um diesem Wunsch gerecht zu werden, müssen neue Betreuungsformen geschaffen und intensiviert werden. Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss nach Möglichkeit unterstützt werden. Die Hilfe durch Tageszentren und Tagesklinikangebote, durch Urlaubsbetten und Kurzzeittherapieplätze, durch psychologische Begleitung ist auszubauen, ebenso die mobile Remobilisierung. In der Qualitätssicherung und Kontrolle von Pflegeeinrichtungen gibt es Verbesserungsmöglichkeiten.

Gesundheit: Das System weiterentwickeln

Eigenverantwortung für die Gesundheit: Die Kosten der Gesundheitsversorgung werden explodieren, und sie sind viel weniger berechenbar als jene der Pensionsversicherung. Patientinnen und Patienten sind auch selbst für ihre Gesundheit verantwortlich. Denn die Zahl der Zivilisationskrankheiten steigt, und diese sind zu einem großen Teil Ergebnis des eigenen Verhaltens. Es gilt das Prinzip: Prävention stärken, Behandlungskosten verringern. Gewisse Standards für Routine- und Vorsorgeuntersuchungen sollen gesetzt werden, bestimmte Sozialleistungen bzw. Gebühren/Transfers sind an die Absolvierung dieser Untersuchungen zu binden. (Dabei ist auch die Sinnhaftigkeit von Vorsorgeuntersuchungen im Sinne einer evidenzbasierten Bewertung abzuwägen.) Entsprechende präventive Vereinbarungen mit Ärzten können (nach dem Beispiel der SVA) zu verringerten *Selbstbehalten* führen. Angemessene Selbstbehalte haben wir immer als sinnvolle Signale angesehen.

Wir brauchen weiterhin eine gesetzliche Krankenversicherung und eine freie Arztwahl. Das ist vereinbar mit Anreizen, eine stärkere Eigenverantwortung für die persönliche Gesundheit wahrzunehmen. Elektronische Vernetzung kann den Patienten helfen, eine falsche Behandlung zu vermeiden; den Ärzten, ein umfassendes Bild über den Patienten oder die Patientin zu erhalten; und den Sozialversicherungen, „Auffälligkeiten" (die allenfalls viel Geld kosten) zu entdecken. Allein schon ein stärkeres Bewusstsein für *evidenzbasierte Medizin* kann den Gesundheitszustand der Menschen verbessern und die Kosten senken.

Wettbewerbsfähigen Markt bei Ärzten schaffen: Es gibt absehbare Engpässe bei den Ärzten, besonders im ländlichen Raum. Auch die Neuorganisation der Gesundheitsversorgung (Hausärzte, Gruppenpraxen etc.) ist deshalb voranzutreiben. Die Gesundheitsreform des Bundes sieht als einen Ausweg aus der Problematik der zunehmend schwieriger werdenden ärztlichen Versorgung des ländlichen Raumes die Schaffung von Erstversorgungszentren (Primary Health Care Zentren) vor. Bis diese Zentren entstehen, muss es uns gelingen, den Beruf des Landarztes derart attraktiv zu machen, dass Jungärztinnen und Jungärzte wieder bereit sind, Ordinationen im ländlichen Raum zu betreiben. Ähnlich den in der Wirtschaftsförderung vorgesehen Überlegungen in Richtung Regionalbonus sollte dies auch für Ärzte überlegt werden (z.B. eine systematische Unterstützung bei der Ersteinrichtung von Ordinationen).

Kooperation zwischen den Bundesländern: Wenn die Kompetenz für die Gesundheitspolitik im wesentlichen bei den Bundesländern bleibt, ist es sinnvoll und notwendig, die Zusammenarbeit zwischen ihnen ins Leben zu rufen – insbesondere in den grenznahen Regionen.

Denken, Lernen, Forschen: neugierig auf das Unbekannte

8. Denken, Lernen, Forschen: neugierig auf das Unbekannte

Ausgangslage

Wir leben in der „zweiten Moderne", in einer „Wissensgesellschaft". In der frühen Industriegesellschaft waren Rohstoffe und Territorien wichtig, in der reifen Industriegesellschaft waren es Arbeit und Kapital, in der Wissensgesellschaft sind es „Köpfe". Ein mittelmäßiges Land kann nicht den höchsten Lebensstandard haben. Wir müssen Innovation, Exzellenz und Nachhaltigkeit anstreben. Mit bloßer Besitzstandswahrung verspielen wir den Besitzstand. Wir brauchen mehr Forschung und Entwicklung, um die Grundlage einer einfallsreichen und wettbewerbsfähigen Gesellschaft zu schaffen.

Aber darüber hinaus gilt: Bildung ist der Schlüssel zur Persönlichkeit und zum Weltzugang. Sie verschafft Urteilsfähigkeit, sie verlangt Begründungen, sie ermöglicht den Umgang mit Werteordnungen, sie bringt Selbstentfaltung und Gemeinwohl ins Gleichgewicht. Bildung ist Voraussetzung für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und andere Werte. Sie schafft Übersicht, ermöglicht reflektiertes Verhalten, sie ist Voraussetzung der Demokratie und sie fördert ein erfülltes Leben. Wir müssen eine *Denkgesellschaft* aufbauen.

Allgemeines *Upgrading* von Qualifikationen: Österreich ist Teil eines europäischen Bildungsraumes, es hat sich den entsprechenden Rahmenbedingungen bereits zum Großteil angepasst, etwa durch die Neuorganisation der Universitäten und ihrer Studien. Es handelt sich um einen internationalen Trend, immer größere Anteile der jüngeren Altersgruppen durch immer höhere Bildungs-

stufen zu schleusen. Dabei mag es sich verschiedentlich um „echte“ Qualifizierungen handeln, manchmal handelt es sich nur um „Neu-Zertifizierungen“. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der akademischen Bildung: Als österreichisches Ziel werden 40% tertiäre Studienanfänger in einem Jahrgang genannt, manche sprechen von weiteren Zielen in der Größenordnung von 50 oder 60 %. *Akademische Bildung* wird unter diesen Rahmenbedingungen allerdings nicht pauschal ein höheres Einkommen und eine niedrigere Arbeitslosigkeit gewährleisten, im Falle einer Fortsetzung der Unterfinanzierung des akademischen Bereichs besteht eher die Gefahr einer sinkenden Ausbildungsqualität. Um nach der Ausbildungszeit Chancen zu wahren, lassen sich schon derzeit bei vielen jungen Menschen Tendenzen zu einem Brain Drain (Abwanderung von Fachkräften und Experten von Österreich ins Ausland) erkennen.

Quantitätsverschiebungen: Eine Zeitlang hat man angesichts der sinkenden Geburtenrate gemeint, dass man auch mit einer sinkenden Zahl von Schulen und Lehrern zu rechnen habe. Für den ländlichen Raum trifft das aufgrund der voranschreitenden Abwanderung zu, aber wir haben es zur gleichen Zeit mit einem starken Zuwachs von Kindern und Jugendlichen in Ballungsgebieten zu tun. Gerade in den urbanen Gebieten wird ein überproportionaler Zuwachs von Kindern und Jugendlichen in den Bildungseinrichtungen auch durch Migrantinnen und Migranten verzeichnet, was eine wesentliche Komplizierung des Unterrichtens mit sich bringt. Das sind aber auch die Problemzonen jeder Ausbildung, und dort muss „investiert“ werden.

Forschungsfinanzierung: Österreichische Universitäten sind unzulänglich finanziert, auch im Vergleich zu Ländern wie Deutschland und der Schweiz, ganz zu schweigen von einem Vergleich mit

einigen renommierten Universitäten in den USA. Die österreichische Forschungsförderung richtet sich eher auf angewandte, wirtschaftsnahe Projekte, die Grundlagenforschung wird gering dotiert – das ist die genau gegenteilige Strategie im Vergleich zur Schweiz.

Qualitätsprobleme lösen

Die PISA-Ergebnisse für das Bildungssystem machen klar, was auch für die Alltagserfahrung bereits deutlich gewesen ist: dass die *Pflichtschulen* und die *Pädagogischen Hochschulen* Schlüsselstellen für eine qualitativ gute Zukunftsschule darstellen. Dort müssen Lesen, Schreiben, Rechnen und Reden gelehrt bzw. das Lehren des entsprechenden Lehrens vermittelt werden. Inwieweit die soeben eingeführten gemeinsamen Studien mit den Universitäten eine Verbesserung der Lehrerausbildung bringen, wird abzuwarten sein. Das seit langem diskutierte Thema der *politischen Bildung* soll endlich umgesetzt werden, und zwar als verpflichtendes Schulfach; auch dabei gilt es bei der entsprechenden Ausbildung der Lehrkräfte anzufangen.

Es gibt Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schullaufbahn; vor allem müssen die Kinder beim Schuleintritt notwendige Fähigkeiten aufweisen, vom Zahlenverständnis bis zum Sprachbewusstsein. Es wäre, insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Schichten, eine Hilfe, den Kenntnisstand bereits im vorletzten Kindergartenjahr genau zu erheben, um Unterstützungsleistungen zeitgerecht erbringen zu können. Gerade Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsabschluss oder mit Migrationshintergrund können von der Kindergartenausbildung besonders profitieren.

Die *duale Berufsausbildung* ist immer noch ein wertvolles Kernstück der Bildung im deutschsprachigen Raum, das zeigen alle internationalen Vergleiche. Allein mit einer „Verwissenschaftlichung“ aller

Lebensbereiche ist die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und der Steiermark nicht zu sichern. Die duale Laufbahn muss attraktiver werden. Auch der Verbesserung der Berufsschulen muss deshalb besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Mehrsprachigkeit: In einer kosmopolitischen Welt ist die Fähigkeit wertvoll, sich mit Fremden aus anderen Kulturkreisen verständigen zu können. Mehrsprachige Schulen sind ein Gebot der Zeit; ebenso verstärkte Initiativen zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit ausländischem Hintergrund, und zwar auf allen Ebenen des Schulsystems.

Weiterbildung: Die Welt verändert sich schnell, also bedarf es eines lebenslangen Lernens, zunehmend auf allen Ebenen. Viele Betriebe merken bereits, dass sie offene Arbeitsplätze nicht mehr adäquat besetzen können. Auch die kürzer werdenden Zyklen technischer Neuerungen erhöhen den Weiterbildungsbedarf.

Digitalisierung wird auch vor den Schulen nicht Halt machen, es wird aber ein herausfordernder Weg sein, die elektronischen Möglichkeiten auf sinnvolle Weise in einem Unterricht zu verwenden – tatsächlich stehen wir bei diesen Möglichkeiten erst am Anfang. Die Nutzung der neuen Techniken ist nicht als Modernitäts- oder Reputationswettbewerb zu verstehen, interaktive Möglichkeiten sollen tatsächlich das Verstehen verbessern.

Schulen: Schritte zur Reform

Ausbau der Autonomie in der Schulverwaltung: Neue Spielregeln müssen die Verantwortung für die Leistung einer Schule in der Institution selbst verankern, also Entscheidungen über personelle Ressourcen und pädagogische Maßnahmen. Selbstständigkeit und Kontrolle ergänzen einander; geeignete Controlling-Systeme

sind deshalb zu entwickeln. Dazu zählen auch Standards und zentralisierte Prüfungsformen, die zudem den Vorteil aufweisen, das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden, die gemeinsam an einer erfolgreichen objektiven Bilanz interessiert sein müssen, zu verbessern.

Ganztägige Schulformen: Schulen sollen von 8 bis 16 Uhr in Betrieb sein. Bildung braucht Zeit. Es sind sinnvolle Lern- und Freizeit-, nicht nur Zeitverbringungsprogramme zu entwickeln, sowohl für verschränkte wie auch für nicht verschränkte Ganztagsschulen. Bildungschancen, die aus verschiedenen Gründen unterschiedlich ausgeprägt sind, lassen sich dadurch erhöhen.

Schulen ausbauen: Bauliche Voraussetzungen für Ganztagsschulen und Lehrerarbeitsplätze sind zu schaffen. Ein adäquater räumlicher Ausbau kostet nur wenige Prozent vom Personalaufwand, macht aber die Lehrkräfte ungleich effizienter: Arbeitsplätze, Unterrichtsräume, Aufenthaltsräumlichkeiten, Lernorte, Betreuungsplätze.

Unterrichtsreform: Nur eine rechtzeitige Feststellung der Talente, Begabungen und Interessen jedes Kindes verbürgt den Lernerfolg, der durch eine Förderung der Begabungen und Stärken und durch eine Kompensation der Defizite und Schwächen abzurunden ist. Für Lehrerinnen und Lehrer soll ein flächendeckendes und verpflichtendes Fortbildungsprogramm selbstverständlich sein.

Kurssysteme verstärken: Statt eines einheitlichen Unterrichts sollen insbesondere in der Schule ab 14 verstärkt leistungsdifferenzierte Kurssysteme eingeführt werden, die Auswahlmöglichkeiten schaffen. Damit können Begabungen besser gefördert, Nachteile besser ausgeglichen und eine Binnendifferenzierung von Schulen

(nach Wahlfächern und Leistungsgruppen) optimal umgesetzt werden. Der Fächerkanon ist zu diskutieren.

Schulstruktur: Das Thema Gesamtschule ist derzeit politisch festgefahren. Ideologien und Ängste dominieren die Szene. Man muss dieses Problem pragmatisch angehen, in die Diskussion sollten verschiedene Modelle einbezogen werden, einschließlich einer sechsjährigen Grundschule. Über das Ziel einer differenzierten Schule, die den unterschiedlichen Begabungen und Interessen der Kinder entspricht, besteht Einigkeit; aber Dissens herrscht darüber, in welcher institutionellen Form dies am besten umzusetzen ist. Es kann nicht Ziel sein, die Verteilung aller „Zertifikate" an alle zu ermöglichen, unabhängig von Leistungen und Standards. Ebensowenig kann es Ziel sein, Gleichheit auf unterstem Niveau herzustellen. Wir brauchen jedenfalls Vielfalt und Differenzierung: zwischen Institutionen oder innerhalb von Institutionen.

Zusatzaufgaben: die Notwendigkeit von Support

Eine unentschlossene Schulpolitik überfordert die Institutionen und ihr Personal, die sich den steigenden Problemen mit Kindern und Jugendlichen stellen müssen: einerseits durch Suchtprobleme, Gewaltausübung, Schulverweigerung und andere solche in der spätmodernen Welt verstärkte Phänomene, andererseits durch die Probleme der Multikulturalität und der ethnischen Diversität. Lehrerinnen und Lehrer leisten heute vieles, für das sie nicht ausgebildet sind, über den Kern ihrer Verpflichtungen hinaus. Für schwierige Bereiche müssen sie entlastet werden – durch die Bereitstellung von Support-Personal: Sonderpädagoginnen, Schulpsychologen, Streetworkern, Muttersprachen-LehrerInnen sowie DeutschlehrerInnen für Kinder mit Migrationshintergrund. An größeren Schulen können die notwendigen Personen angestellt werden, auf Landesebene muss es eine ausreichende „Eingreiftruppe" bzw. spezia-

lisierte Berater geben, die von den Schulen angefordert werden können.

Ethnische Vielfalt und die damit verbundenen schulischen Herausforderungen werden zunehmen. Es gibt Volksschulen, in denen kein Kind mehr mit deutscher Muttersprache vorhanden ist. Gerade für diese Gruppen ist der Kindergarten als erste Bildungseinrichtung, vor allem zum Spracherwerb, extrem wichtig. Aber auch in den Schulen müssen mehr Begleit- und Ergänzungsangebote gemacht werden. Handhaben gegenüber Eltern, die Kooperation verweigern, sollen möglich sein, im Interesse ihrer Kinder.

Akademische Institutionen: Schwerpunktverlagerung

Österreichs Universitäten sind vergleichsweise effizient: Sie liefern im internationalen Vergleich einen ähnlichen Output bei viel geringerem Input. Natürlich kann man Einsparungen durch lokale, nationale und internationale Zusammenarbeit bewirken. Letzten Endes können aber Universitäten ihre eigentliche Aufgabe (Lehre und Forschung auf höchstem Niveau) nur erfüllen, wenn sie in der österreichischen Landschaft nicht die residualen Massenversorgungs-Bildungseinrichtungen sind. Zudem ist die *Forschungsfinanzierung* im Grundlagenbereich vergleichsweise gering: Man sollte sich am Vorbild der Schweiz orientieren.

Studienplatzbewirtschaftung: Eine Begrenzung von Studienplätzen insbesondere in den problematischen Studienrichtungen muss mit verbesserten Bedingungen während des Studiums einhergehen.

Ausbau der Fachhochschulen: Der Ausbau der zweiten Achse einer akademischen Bildung neben den Universitäten ist weiter voranzutreiben. Heute werden dort nur rund 10 % der Studierenden be-

treut, die quantitative Zielvorstellung kann österreichweit bei etwa 40 % aller Studierenden liegen. Es ist nicht zielführend, die Fachhochschulen nur zögerlich auszubauen, aber den großen Zuwachs an Studierenden unreflektiert in die Universitäten zu lenken. – Eine höhere Bundesfinanzierung für den Fachhochschulsektor ist einzufordern, tertiäre Bildung ist Bundessache. Auch eine Bereinigung der Finanzierung für die sozialpolitisch-medizinischen Studiengänge an den Fachhochschulen ist vorzunehmen.

Pädagogische Hochschulen: Ein qualitatives und organisatorisches Entwicklungsprogramm für die nächsten zehn Jahre ist zu entwickeln. Die Zusammenarbeit mit den Universitäten könnte helfen; mit einer verbesserten pädagogischen Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer können möglicherweise auch Verbesserungen bei den PISA-Ergebnissen erwartet werden. Die Zahl der Institutionen wird reduziert werden. Wenn diese Einrichtungen mit dem Etikett der Hochschule ausgestattet worden sind, sollte auch die Hochschulform (nach den international üblichen Kriterien) in den nächsten zehn Jahren angestrebt werden.

Kreatives Leben: künstlerisch, herausfordernd, experimentell

9. Kreatives Leben: künstlerisch, herausfordernd, experimentell

Ausgangslage

Kunst und Kultur haben viele Facetten: Tradition und Moderne . Große Institutionen und freie Szene . Oper und Kellertheater. Film und Fernsehen. Universalmuseum und regionale Museen. Jazzbandund Symphonieorchester. Erinnerungskultur und Zukunftswerkstatt. Multikultur und Internationalität. Leseförderung und Bibliothek. Digitales literarisches und visuelles Erbe. Umweltbildung und politische Bildung. Diese Vielseitigkeit ist ihre Stärke.

Österreich gilt und versteht sich als *Kulturnation*, es kann sich auf eine große Geschichte stützen. Auch das vielfältige künstlerische Angebot in der Steiermark ist unbestritten ein Faktor für die hohe Lebensqualität der steirischen Gesellschaft und eine Besonderheit für die Menschen, die unser Bundesland besuchen. Weit über ihre Landesgrenzen hinaus ist die Steiermark als Standort für herausragende Kunstproduktionen bekannt.

Die freie Kunst- und Kulturszene ist ein wesentlicher und tragender Faktor in der Kulturentwicklung unseres Landes. Die Häuser der Theaterholding – das Opernhaus, das Schauspielhaus, die Jugendbühne *next liberty* – sowie auch das klassische Musikfestival *styriarte* tragen maßgeblich dazu bei, dass die Steiermark einen ausgezeichneten Ruf als Kulturland genießt. Im Universalmuseum *Joanneum* werden mehr als 4,5 Millionen Sammlungsobjekte an mehr als 10 Standorten in der ganzen Steiermark gesammelt, bewahrt, erforscht und vermittelt und rund 550.000 Besucherinnen und Besuchern pro Jahr zugänglich gemacht. Im Bereich der zeitgenössischen Kunst haben wir mit dem *steirischen herbst* ein

seit über 40 Jahren international renommiertes Festival, das wieder verstärkt in die gesamte Steiermark ausstrahlt. Und auch das Künstlerhaus ist seit seiner Wiedereröffnung im Jahr 2013 auf der künstlerischen Landkarte nicht mehr wegzudenken.

Künstlerinnen und Künstler können und sollen Grenzen thematisieren, markieren oder überwinden. Gerade in Zeiten des Umbruchs und der Apathie sind sie dazu berufen, unterschiedliche Wahrnehmungsweisen und Zusammenhänge aufzuzeigen.

Künstlerische Kreativität und künstlerische Freiheit

Kunst und Kultur zeichnen den Menschen aus. Sie helfen uns, die Welt aus unterschiedlichen Perspektiven zu sehen. Sie tragen zur sozialen Teilhabe bei. Kunst und Kultur setzen Impulse zur Reflexion, zur Emotion, zur Dynamik, zur Offenheit. Für die Entwicklung und den Zusammenhalt einer freien Gesellschaft ist unabhängiges Kunstschaffen unentbehrlich.

Die bestmögliche Förderung und nachhaltige Stärkung steirischen Kunst- und Kulturschaffens steht weiterhin im Fokus. Kunst- und Kulturförderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft der Steiermark. In den nächsten Jahren werden wir verstärkt darauf achten, dass diese Investitionen auch weiterhin direkt bei den Künstlerinnen und Künstlern ankommen. Kulturpolitik gibt keine Inhalte vor, ordnet Kunst nicht an, sondern sie schafft den Rahmen, in dem sich Kunst entwickeln kann. Kultur entsteht in künstlerischen Ideenzonen, in denen künstlerisches Tun ohne Druck möglich ist: in einer Atmosphäre der freien künstlerischen Äußerung.

Kultur international

Internationale Beziehungen und Netzwerke tragen dazu bei, den Kulturstandort Steiermark als Marke für die Zukunft zu stärken, seine Rolle als lebendiger Player in einem Europa der Regionen zu festigen und befruchtend „nach Hause" zurück zu spiegeln. Die überregionale und internationale Zusammenarbeit im Kulturbereich wird ermöglicht und weiter ausgebaut. Die Kontakte gehen dabei insbesondere in den gemeinsamen Kulturraum Südosteuropa, aber auch in den Westen, um damit die Brückenfunktion der Kulturdrehscheibe Steiermark weiter zu festigen. Das Beste, was in der Steiermark geschaffen und gedacht wird, wird mit dem Besten an internationaler Kunst in Beziehung gesetzt.

Das Überschreiten von Grenzen bietet Chancen für neue Projekte, aber auch für neue Förderungsmöglichkeiten auf EU-Ebene. Die Europäische Union ist ein kulturell und künstlerisch spannender Raum. Europa hat die Idee der künstlerischen Freiheit entwickelt, und diese verteidigen wir, auch gegen jüngste Angriffe. Unser Kunst- und Kulturbegriff schließt ein: Freiheit, Menschenrechte, Provokation, Versuch, Vielfalt. Wir sind stolz auf unser großes Erbe und wir freuen uns über Experimente - manche gelingen, manche nicht; aber man muss probieren können, um Neues zu entwickeln. Kunst und Kultur ist nicht „nice to have", sondern „need to have".

Kulturelle Teilhabe

Kunst und Kultur sind eine der Sprachen, mit denen die Menschen die Welt und sich selbst beschreiben. Nachdenken über individuelle Identität ist ein wichtiger Faktor künstlerischer Äußerungen.

Die Vermittlung künstlerischer Angebote ist in ihren Angeboten auch besonders für die junge Generation attraktiv; sie soll in der

Beschreibung der Vergangenheit die Chancen der Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten lernen.

Die Teilhabe an künstlerischen Prozessen für eine breite Bevölkerungsschicht zu ermöglichen, ist eine wertvolle Hilfe, aktuelle Fragestellungen besser zu verstehen, Grenzen zu überwinden und zum globalen Dialog beizutragen. Kulturpolitik ist deshalb auch Friedenspolitik. Wir wollen Neugierde und Interesse für die künstlerischen Leistungen beleben. Der Zugang zu Kunst und Kultur soll möglichst vielen offen stehen, insbesondere Kinder und Jugendliche wollen wir dafür begeistern.

Zukunftskultur und öffentlicher Raum

Steiermark-EXPO

Die Steiermark ist eine führende Innovationsregion in Europa. Aufbauend auf den Erfahrungen der Landesausstellungen soll zukünftig biennal die Leistungskraft des Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturbereiches im Rahmen einer Steiermark-EXPO präsentiert werden. Das Format „*Landesausstellung-Neu*" sollte sich in inhaltlicher und gestalterischer Ausrichtung mehr auf die Zukunft beziehen als auf die Vergangenheit und in allen Regionen stattfinden.

LICHT-Biennale

Das Kulturhauptstadtjahr 2003 hat gezeigt, dass starke Impulse etwas bewirken können und dass Kunst im öffentlichen Raum, insbesondere wenn es um Diskussion und Kommunikation geht, erfolgreich funktioniert. Lichtprojekte eignen sich besonders gut für künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum. Kein anderes Naturphänomen hat eine vergleichbar prägende Rolle für die menschliche Zivilisation in unterschiedlichsten kulturellen Kontexten. Die LICHT-Biennale soll das breite Spektrum des Themas von

der Lichtverschmutzung über Lichtdesign bis hin zu effizienteren Lichtsystemen umfassend „beleuchten“ und dazu beitragen, sowohl mit Einheimischen als auch mit internationalen Gästen die Frage, wie man Licht ökologisch sinnvoll, ökonomisch effizient und ästhetisch überzeugend nutzen kann, zu diskutieren.

Design und Kreativität

Design ist in vielfältiger Weise mit Kunst und Öffentlichkeit, mit Ästhetik und Funktionalität mit Wirtschaft und Umwelt verbunden. Gerade die Kreativwirtschaft ist in den letzten Jahren zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor mit hohem Wachstumspotential geworden. Durch Design und kreative Ideen werden Produkte und Dienstleistungen beflügelt. Wir haben in diesem Land einen Design-Schwerpunkt. Graz ist Design-Hauptstadt. Die tiefgreifenden Umwälzungen der nächsten Jahrzehnte werden auf das Design bauen müssen: bei Gebäudesanierung und Neubau, bei Stadtentwicklung und Raumgestaltung. Auch in der Architektur hat Graz eine groβe Tradition, deshalb muss eine neue Baukultur entwickelt werden. Auch das Alltagsleben benötigt Schönheit.

Gesellschaftliche Kulturvielfalt

Längst ist die Zeit vorbei, als Volkskultur und Hochkultur gegeneinander ausgespielt wurden. Volkskultur regt auf mannigfache Weise zur Auseinandersetzung mit unseren Traditionen an, und sie verbindet sich auf kreative Weise mit neuen Formen. Vielfältiges Engagement findet statt in Chören, Musikkapellen und Tanzgruppen, im Bereich der Handwerkskunst, bei der Erhaltung materiellen und immateriellen Kulturguts, bei der Vermittlung überlieferter Ausdrucksformen an unsere Jüngsten. Beispiel Trachten: Sie sind in ihrer unglaublichen Vielfalt im Aufschwung – das ist sowohl kulturelles Erbe als auch wirtschaftliche Wertschöpfung; denn dazu werden Spezialisten benötigt, die sich nicht in der Dritten Welt finden.

Volkskultur spielt in all unseren Lebensbereichen eine entscheidende Rolle, sie begleitet uns sowohl im ganz Alltäglichen als auch bei Feierlichkeiten, bei freudigen wie auch traurigen Anlässen. Jeder Ort hat eigene Traditionen, jedes Gebiet seine speziellen Ausdrucksformen. Unsere regionalen Besonderheiten und Traditionen bilden eine wertvolle Basis für unsere eigene Identität und das Miteinander in unseren Gemeinden und Regionen.

Ein konkreter Vorschlag: Die Symbiose von Volkskultur und Hochkultur könnte nicht besser funktionieren als bei gemeinsamem Musizieren. Das Projekt Open *Philharmonics* lebt es vor: Laien und Profis bei einem Konzert vereint. Jährlich zur Adventzeit könnte die Grazer Oper ihre Pforten zu einem Adventsingen nach dem Salzburger Vorbild öffnen. Jedes Adventwochenende musizieren die Grazer Philharmoniker mit Steirischen Volksmusikern.

Religiöse Welten

Manche sagen, dass wir in einer säkularisierten Gesellschaft leben, andere sprechen schon von der postsäkularen Gesellschaft, von der Wiederkehr des Religiösen. Kirchen und Religionsgemeinschaften sind für viele Menschen Quellen der Sinnstiftung. Tatsächlich tragen sie zur Aufrechterhaltung und Regenerierung von Wertebeständen bei, die anderweitig nicht „produziert“ werden können. Transzendenz bleibt ein Verlangen der meisten Menschen. Die Aktivitäten von Kirchen und Religionsgemeinschaften haben innerhalb der staatlichen Rechtsordnung zu erfolgen. Religionsvertreter, die unter dem Schutz der Religionsfreiheit zu Gewalt aufrufen, Menschenrechte missachten oder auf andere Weise den Kern der europäischen Wertordnung verletzen, sind in diesem Lande fehl am Platz.

Wir wenden uns ebenso gegen ethnische Vorurteile und religiöse Diskriminierungen. In diesem Fall wie in anderen Fällen gilt: Extremismen und Dogmatismen gehören nicht in unsere Welt.

Medienöffentlichkeit

Die *Medienlandschaft* ist im Umbruch. Das elektronische Zeitalter beginnt, und es gibt hierfür wenig zuverlässige Prognosen. Jede demokratische Ordnung ist auf Medien angewiesen, sie sind die Plattformen für jene Öffentlichkeit, ohne die Demokratie nicht denkbar ist. Wir wollen Vielfalt. Wir sind besorgt, dass die Printmedien ihre wichtigen Funktionen in einer demokratischen Ordnung nicht mehr wahrnehmen können. Wir müssen hochwertigen Journalismus in das digitale Zeitalter transferieren. Wir wollen einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Rundfunk.

Die digitale Welt ermöglicht Einblicke und Nutzungsmöglichkeiten, wie es sie nie zuvor gegeben hat. Die Informationen dieser Welt, auch viele klassische Schätze, stehen zur Verfügung, häufig ohne Kosten. Diese Entwicklung ist im Fluss, und sie wirft zahlreiche Probleme auf – etwa zwischen Urheberrecht und Informationsfreiheit. Zudem ist das Gesamtsystem gegen Angriffe empfindlich, und ein längerer Ausfall legt alle Prozesse der Zivilisation lahm. Schließlich gehört auch die Vision einer Kontrollgesellschaft zu den bedenklichen Entwicklungsmöglichkeiten. Hinsichtlich solcher Entwicklungen brauchen wir eine solide, weder panische noch leichtfertige Diskussion, und wir müssen mit Instrumentarien experimentieren, mit denen wir Ziele erreichen können. Alles verändert sich schnell in diesem Bereich, der auf praktisch alle gesellschaftlichen Verhältnisse ausstrahlt: Wir sind im digitalen Zeitalter. Also müssen wir auch permanent anpassen, nachjustieren, ausprobieren.

Wir sind eine offene Partei

10. Wir sind eine offene Partei

Wir sind offen für alle Menschen, die guten Willens sind. Grundlage unserer Politik ist unser christlich-soziales Menschenbild. Es sind alle willkommen, die diese Orientierung teilen – aus allen Regionen und Berufen, aus allen Ethnien und Religionen, aus allen Altersgruppen und Geschlechtern, aus allen Schichten und Lebensstilen. Es ist uns nicht wichtig, woher jemand kommt. Es ist uns wichtig, was jemand will, wofür jemand eintritt, wie ernsthaft es jemand meint. Er oder sie soll mit uns an unserer Zukunft arbeiten. Das ist eine Einladung, gemeinsam für unser Land und seine Menschen Verantwortung zu übernehmen.

Aus Gründen der Lesbarkeit und der Ästhetik wird auf die durchgängige Verwendung beider Geschlechtsformen verzichtet. Die verwendete Form bezieht sich im Normalfall auf beide Geschlechter.